

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/125: 10.12.1952 – 07.03.1953

10.12.1952

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (50/1952) berichtet am 10. Dezember 1952 über die europäischen Verteidigungsstreitkräfte Nordatlantikpakt-Organisation: >>Der härteste Schädel in Bonn

Ein anderer wird dich gürteln und führen, wohin du nicht willst.

Johannes 21, 18

Am 7. Mai 1945 kapitulierten die geschlagenen deutschen Heerführer in Reims vor den Alliierten. Großdeutschlands Wehrmacht hörte auf zu sein. Im Dezember 1952, siebeneinhalb Jahre danach, sollte der Erste Deutsche Bundestag in Bonn vor Konrad Adenauer kapitulieren. Eine neue westdeutsche Armee soll nach dem Willen des Kanzlers sein. Die großdeutsche Wehrmacht eroberte zunächst Europa allein. Die kleindeutsche Armee soll Europa zunächst verteidigen, nicht allein.

Wieder stehen die Vereinigten Staaten von Amerika mit drei Alliierten einem mächtigen Feind gegenüber. 1942 hieß der USA stärkster Verbündeter in der Auseinandersetzung mit Deutschland: Rußland. 1952 heißt der USA potentiell stärkster Verbündeter in der Auseinandersetzung mit Rußland: Deutschland (genau: seine westliche Hälfte). Deutschland und Rußland haben die Rollen getauscht.

Daß sich der Bündniswert der Bundesrepublik für die USA nach der Stärke westdeutscher Divisionen bemißt, hatte Konrad Adenauer schon 1949 - da es noch gar keine Bundesrepublik gab - als Präsident des Parlamentarischen Rates erkannt. Damals ließ er sich von Rommels ehemaligem Stabschef, dem General a.D. Hans Speidel, eine Expertise über die militärische Lage in Europa und die Möglichkeiten einer westdeutschen Wiederbewaffnung anfertigen. Aber erst der koreanische Krieg gab Konrad Adenauer 1950 die Chance, als Bundeskanzler ein Militärbündnis anzubieten.

In einer Denkschrift, die er am 29. August 1950 zur Alliierten Hohen Kommission auf den Petersberg trug und anderthalb Jahre später auf Drängen der Sozialdemokratie dem Deutschen Bundestag bekanntgab, offerierte Konrad Adenauer der Atlantischen Militär-Allianz westdeutsche Soldaten.

Der Bismarck-Biograph und Amerikaner österreichischer Abstammung Robert Ingrim sieht das in seinem (vom Bundespresseamt finanzierten) Buch "Die Rettung Deutschlands" so: "Durch die Denkschrift wurde Deutschland mit einem Ruck eine geachtete Nation."

Wörtlich hatte Konrad Adenauer damals geschrieben:

"Die Entwicklung im Fernen Osten hat innerhalb der deutschen Bevölkerung Beunruhigung und Unsicherheit ausgelöst. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, ist in einem besorgniserregenden Ausmaß im Schwinden begriffen und hat zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt ...

"Als Gegenkräfte stehen in Westeuropa (dem sowjetischen Aufmarsch) je zwei amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber. Die Bundesregierung verfügt, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absieht, über keine Kräfte. Der Bundeskanzler hat wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Fall der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten ..."

Dieses Kontingent, die neue deutsche Armee, jetzt auf dem Papier vorzubereiten und, wenn es so weit kommen sollte, wirklich aufzubauen, ist die Aufgabe des Bundestagsabgeordneten Theodor Blank, dessen noch immer gültige amtliche Bezeichnung - inzwischen zweideutig - heißt: "Der Beauftragte des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen."

Seit dem 1. Dezember 1950 sitzt der 47jährige Blank hinter den vergitterten Fenstern des stacheldrahtumzäunten roten Backsteinbaus in der Ermelkeilstraße, in dem zu Großdeutschlands Zeiten das Bonner Wehrbezirkskommando Rekruten-Stammrollen verwaltete.

Blank, Volksoffizier des zweiten Weltkrieges und Gewerkschaftler, hatte bei seinem Amtsantritt den General und Grafen Schwerin abgelöst, der des Bundeskanzlers erster militärischer Berater war.

Schwerin mußte gehen, weil er sich, ohne den Kanzler zu fragen, der Presse gestellt hatte, nachdem seine von Konrad Adenauer streng geheimgehaltene Gutachter-Tätigkeit in Bonn ruchbar geworden war.

Blank mußte kommen, weil der Kanzler einen parlamentarischen Unterhändler für ein militärisches Thema brauchte. Auf Befehl des Atlantik-Rates (Beschluß der Brüsseler NATO-Konferenz von 1950) sollte eine deutsche Delegation mit der alliierten Generalität auf dem Petersberg das "Ob" und "Wie" einer deutschen Remilitarisierung prüfen.

Konrad Adenauer war dabei auf Theo Blank verfallen, weil in den Bundestagsbänken kein anderer christlicher Demokrat saß, der für diese Aufgabe so viele vom Kanzler erwünschte Eigenschaften in sich vereinigte:

- Frontoffizier und Rußlandkämpfer mit EK und "Gefrierfleischorden";
- christlicher Gewerkschaftler mit Rückhalt in der Arbeiterschaft;
- persönlicher Anhänger Konrad Adenauers und Verfechter seiner gesamten Politik;
- erfolgreicher Politiker mit eigenem Bundestagswahlkreis (Borken – Bocholt - Ahaus, Nordrhein-Westfalen).

Schon einmal hatte Konrad Adenauer dem Theo Blank einen Kabinettsposten angeboten: das Bundesministerium für Arbeit. Das war bei der Regierungsbildung im Herbst 1949. Blank lehnte damals ab, und sein Parteifreund Anton Storch übernahm den Job

Den Schlüssel dazu, warum der Bundeskanzler den Abgeordneten Blank erst als Arbeitsminister haben wollte und dann, nachdem er einen Korb erhalten hatte, ihm einen zweiten Antrag machte, den Schlüssel zum Verständnis dieser Adenauerschen Haltung liefert die Kunde von Theodor Blanks Lebenslauf.

Am 19. September 1905 wurde er als drittältester von zehn Kindern eines Schreiners in Elz an der Lahn geboren. Mit 14 Jahren ging er schon selbst auf Arbeit. Er lernte in Bochum Modelltischler.

Noch heute, wenn neue Möbel ins ständig wachsende Amt Blank geschafft werden, fachsimpelt der Amtschef: "Dieser Schrank ist aus frischem Holz." Oder: "Mein Schreibtisch ist schlecht gebaut, man klemmt sich die Finger. Sein einziger Vorteil: er ist lang. Meine Generalstäbler können an ihm Entfernungsschätzen üben."

Ein Erlebnis aus seinen Lehrjahren dient heute als Parabel. Vater Blank führte seinen Sohn einst vor das hölzerne Portal einer städtischen Sparkasse im Kohlenpott, das er geschreinert hatte: "Wenn du in deinem ganzen Leben eine solche Tür zustande bringst, Theo, dann hast du

nicht umsonst gelebt." Der Sicherheitskommissar der Bundesrepublik kokettiert zuweilen mit seiner proletarischen Herkunft: "Ich muß jetzt dafür sorgen, daß eine andere Tür sicher und fest in Rahmen und Angeln sitzt und Eindringlingen den Zutritt verwehrt. Aber ich hoffe, genau so gute Arbeit zu leisten wie mein Vater."

Neben seiner Modelltischlerei kassierte der Jungarbeiter Theo Blank in den Jahren nach dem Weltkrieg I Beiträge für die christliche Gewerkschaft. Er trat dem Zentrum bei und mit 25 Jahren war er Sekretär des Zentralverbandes der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter.

Drei Jahre später, im Mai 1933, verriegelte Robert Ley die Büros des aufstrebenden Gewerkschaftsfunktionärs. Theo Blank blieb lange Jahre arbeitslos. Ein lukratives Angebot von Robert Ley, einen Sessel der nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaft, der "Deutschen Arbeitsfront", zu erklettern, lehnte er ab.

Theo Blank: "Aus lauter Langeweile habe ich Latein und Griechisch und so 'nen Schwindel gelernt, und dann bin ich eines schönen Tages zum Direktor vom humanistischen Gymnasium in Dortmund gegangen und habe gesagt: Ich will hier mal Schüler werden. Neunundzwanzig-einhalb war ich alt. Na, so was, sagte der Direktor, dann setz dich mal hier auf 'ne Bank. Nee, nee, sagte ich, nicht auf die Bank, in die Unterprima will ich. Dann setz dich mal, meinte der Direktor, und dann habe ich 1936 das Abitur mit "Gut" gemacht ..."

Anschließend studierte der Spät-Abiturient an der Technischen Hochschule in Hannover und an der Universität in Münster Mathematik und Physik. Zum Diplom reichte die Zeit nicht. Der zweite Weltkrieg kam Theo Blank dazwischen.

Blank wurde Landsers einer Infanterie-Division und diente sich auf dem Umweg über eine Techniker-Laufbahn an der Ostfront hoch zum Volksoffizier und Kompaniechef bei den Panzerjägern.

Nach der Kapitulation wurde er schon bald aus Kriegsgefangenschaft entlassen. Er verdiente sein Brot und seine Unterkunft auf dem Heimweg durchs verwüstete Deutschland des Jahres 1945 mit seiner Hände Arbeit: Er leimte aus den Fugen geratene Tür- und Fensterrahmen; zu tun war genug.

Als er wieder im Kohlenpott angekommen war, trat Theo Blank aufs neue der christlichen Gewerkschaftsbewegung und außerdem der Christlich-Demokratischen Union bei. Er wurde einer der drei Zentralvorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau. Diese Gewerkschaft trug in jenen Tagen noch einen blutroten östlichen Streifen, und es gehörte für einen "Christlichen" mehr als Geschick dazu, die Stellung in der Bochumer Hattinger Straße 19 zu halten.

Blank schaffte es. Nebenbei fand er auch noch Zeit, auf der CDU-Treppe in den Frankfurter Wirtschaftsrat zu steigen.

Er galt als Experte seiner Partei in Wirtschafts- und Sozialfragen. Als theoretisches Rüstzeug dienten ihm dabei die sozialpolitischen Enzykliken des Papstes "Quadragesimo anno" und "Rerum novarum". Er las sie im lateinischen Text.

In einem als Domäne des Zentrums geltenden westfälischen Wahlkreis am Nordrand des Ruhrreviers knockte er 1949 bei der Bundestagswahl seinen Rivalen vom Zentrum aus, jener Partei, der er vor Hitlers Ära selbst einmal angehört hatte. Zentrums kandidat Landwirt Dr. Heinrich Glasmeyer bekam 29,3 Prozent Stimmen, Theo Blank 41,8 Prozent.

Blank ist der Mann, den Konrad Adenauer am 25. Oktober 1950 zum "Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" bestellte. Im Zeitalter der Volksheere und Gewerkschaften war ein Arbeitersohn für den Posten des quasi-Bundeswehrministers genau so prädestiniert wie für das Amt des Arbeitsministers.

Am 9. Januar 1951 fuhr Theo Blank zum ersten Male auf den Petersberg. Dort saßen ihm im grünen Konferenzzimmer die Generale Hays (USA), Wansbrough-Jones (Großbritannien) und Ganeval (Frankreich) gegenüber.

Seinen ersten Protest erhob Theo Blank dagegen, daß die Wagen der deutschen Delegation nicht auf dem alliierten Parkplatz vor dem Petersberg-Hotel parken durften, sondern ein ganzes Stück weiter ab. Sein zweiter Protest richtete sich gegen die Titulierung seiner Berater Speidel und Heusinger im Protokoll als "Ex-General".

Blank: "Entweder Herr Speidel und Heusinger oder General Speidel und Heusinger. Aber jedenfalls nicht Ex-General Speidel und Heusinger." Die alliierte Generalität versprach eilig, dem Blankschen Wunsch zu entsprechen.

Während noch auf dem Petersberg über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der Nordatlantikpakt-Organisation theoretisiert wurde, rückte man in Paris bereits die grünen Tische für die Konferenz über eine europäische Armee zurecht.

Diesen Plan hatte Frankreichs damaliger Ministerpräsident René Pleven (heute Verteidigungsminister der Vierten Republik) lanciert, um damit eine nationale deutsche Armee zu verhindern und die deutschen Soldaten bataillonsweise französischen und anderen nichtdeutschen Kommandeuren zu unterstellen.

Konrad Adenauer schickte seinen Unterhändler Blank zunächst nicht nach Paris. Er hielt nicht viel vom Pleven-Plan; im vertrauten Kreis verwünschte er ihn sogar. Seine Hoffnung war ein Atlantikpakt-Abkommen auf dem Petersberg.

Erst nachdem der inzwischen zum Atlantikpakt-Oberbefehlshaber avancierte General Eisenhower von dem (auf die deutsch-französische Verständigung bedachten) amerikanischen Hohen Kommissar McCloy zum Pleven-Plan überredet worden war, schickte der Bundeskanzler seinen Blank nach Paris, um zu retten, was zu retten war.

Die an das Diplomaten-Französisch des Geheimen Rats Roediger vom Auswärtigen Amt (des ersten deutschen Delegationsführers bei den Pleven-Plan-Verhandlungen in Paris und jetzigen Richters beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe) gewöhnten Franzosen staunten nicht schlecht, als Blank am 8. Juli 1951 in Paris mit den Worten aufkreuzte: "Meine Herren, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß ich kein Französisch kann. Ich spreche hier deutsch ..."

Als Frankreichs Delegierter Alphand daraufhin wenig später die schnell abspulende Diskussion mit den Worten unterbrach: "Meine Herren, bitte erst die Übersetzung für Herrn Blank", beugte sich der Delegationschef über den Tisch: "Ganz recht, Herr Alphand, ich verstehe kein Französisch. Dafür versteh" ich manches andere ..."

Dann kam Theo Blank zur Sache: "Ich werde nur verhandeln, wenn Deutschland als gleichberechtigter Partner anerkannt wird und seine Soldaten in Zukunft keinen Diskriminierungen ausgesetzt sind ..."

Und: "Die kleinste auf sich selbst gestellte taktisch unabhängige Einheit ist die Division. Kleinere deutsche Einheiten wären sinnlos ..."

Ende Juni 1951 wurde von der Konferenz einstimmig beschlossen: "Der Vertrag läßt keinerlei unterschiedliche Behandlung der Mitgliedstaaten zu." (Artikel 6 des EVG-Vertrages.)

Und wenig später: "Die national geschlossene Grundeinheit ist der "Kampfverband" (Division)." (Artikel 1 des Militär-Protokolls des EVG-Vertrages.)

Damit war der Pleven-Plan, der die westdeutschen Soldaten bataillonsweise "integrieren" wollte, ins historische Archiv des Quai d'Orsay verwiesen. Die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" war geboren. Der EVG-Vertrag wurde am 27. Mai 1952 von den Bevollmächtigten der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs in Paris unterschrieben.

Unterschrieben ist noch nicht ratifiziert. Ob das, was deutscherseits 1950 vom Grafen Schwerin in seinem Zimmer im Palais Schaumburg (in dem heute AA-Staatssekretär Hallstein sitzt) eingeleitet wurde und 1952 vom Gewerkschafter Blank im Konferenzsaal in Paris zu Ende geführt wurde, Realität wird, hängt noch von Westeuropas Parlamenten ab und vom Votum des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

Graf Schwerin ("der Conte") kommandierte einst im Panzer die von den Russen in der Kalmlückensteppe so gefürchtete "Windhund-Division". Theo Blanks "Windhund-Divisionen" führen einstweilen noch zwischen Aktendeckeln säuberlich verpackt ein "streng geheimes", weniger aufregendes Dasein als Verschuß-Sachen im Panzerschrank. Gefürchtet nur von den Franzosen.

Die Pläne aber für Bundesdeutschlands schimmernde Wehr sind fix und fertig. Auf dem Papier ist die neue deutsche Armee vollzählig und feldmarschmäßig angetreten. Wenn in den demokratischen Kammern endlich zum Avancieren geblasen würde, könnten Theo Blank und seine Offiziers-Soldaten binnen Jahresfrist die ersten Rekruten auf den Kasernenhöfen antreten lassen.

Die Friedensstärke des deutschen Kontingents der europäischen Verteidigungsstreitkräfte soll betragen:

- Heer: 360.000 Mann
- Luftwaffe: 80.000 Mann
- Marine: 18.000 Mann

Die europäische Bundes-Kriegsmarine wird mit ihren Schiffen bis zu 1.800 Tonnen Tirpitzschen Ansprüchen kaum genügen. Ihre Zukunft liegt auf dem Küstenwasser.

Von den eingepflanzten 5.000 Flugzeugen der taktischen Luftwaffe der EVG sollen in 1.300 Maschinen deutsche Piloten am Knüppel sitzen und aktiven Luftschutz leisten. Diese "Grundeinheit" teilt sich so auf:

- Taktische Jagdbomber, 75 Flugzeuge
- Verteidigungsjäger: (25 je Staffel)
- Allwetterjäger*): 36 Flugzeuge (12 je Staffel)
- Technische Aufklärer: 54 Flugzeuge (18 je Staffel)
- Leichte Bomber, 48 Flugzeuge
- Transportmaschinen: (16 je Staffel)

*) Prototyp des Allwetterjägers ist der amerikanische F 89. Er hat zwei Düsenmotoren, zwei Mann Besatzung (Piloten und Radarmann) und ist mit einer kompletten Radaranlage ausgerüstet, die ermöglicht, in Nacht und/oder Nebel Feindflugzeuge zu bekämpfen, ohne diese zu sehen.

Star der europäischen Verteidigung soll Westdeutschlands neues Heer werden. Bis Ende 1954 soll es 12 Kampfverbände (Divisionen) umfassen. Vorausgesetzt, daß die Amerikaner die nötigen Waffen liefern. Vorausgesetzt, daß spätestens am 1. März 1953 der EVG-Vertrag nach allgemeiner Ratifizierung in Kraft getreten ist. Sonst kann trotz einkalkulierten "deutschen Wunders" der Termin nicht eingehalten werden.

Wird er eingehalten, werden dann folgende westdeutsche Einheiten bereitstehen:

- 6 Infanterie-Kampfverbände (Infanterie-Divisionen)
- 4 Panzer-Kampfverbände (Panzer-Divisionen)
- 2 mechanisierte Kampfverbände (Panzerbegleit-Divisionen)

Ihre Gliederung ist nach den Erfahrungen der deutschen Wehrmacht im Rußland-Feldzug vorgenommen worden und gilt auch für sämtliche andere europäische Kampfverbände.

Umrahmt werden die zwölf deutschen Divisionen in Europas militärischer Planung von:

- 14 französischen Divisionen
- 12 italienischen Divisionen
- 3 belgischen Divisionen
- 3 holländischen Divisionen
- 1 luxemburgischen Brigade

Die wesentlichen Unterschiede gegenüber der alten deutschen Divisions-Gliederung liegen bei den neuen Kampfverbänden dort:

- Jede Division ist von der Versorgung weitgehend unabhängig und damit beweglicher als bisher.

- Sämtliche Einheiten sind vollmotorisiert. Dazu General Heusinger: "Die Zeit der Pferde auf europäischen Kriegsschauplätzen ist vorbei."

- Die Panzer-Division hat doppelt so viel Panzer wie zu Guderians Zeiten (EVG-Soll: 280 Panzer).

Jeder Panzer-Division sind vier Infanterie-Bataillone beigegeben, die die infanteristische Sicherung der Panzerverbände gewährleisten.

- Wenn die Lage es erlaubt, kann je zwei Panzer-Divisionen eine Panzerbegleit-Division (mechanisierter Kampfverband) beigegeben werden, die den von den Panzern gewonnenen Raum in Besitz nimmt.

- Eine Infanterie-Division hat eine eigene Panzer-Abteilung.

Je drei Divisionen sollen zu einem Korps zusammengefaßt werden. Hierbei setzt in der Regel die "Integration" ein, die deutsche mit französischen, italienischen oder Benelux-Divisionen verbindet; in Ausnahmefällen, "die sich aus taktischen oder organisatorischen Notwendigkeiten ergeben", sind nationale Korps zulässig.

Obleich man im Amt Blank die Gefahr eines heillosen Durcheinanders und einer babylonischen Sprachverwirrung nicht verkennt, halten Theo Blanks Militärs nicht nur aus politischen, sondern auch aus militärischen Gründen an der "Integration" fest.

Noch zu Beginn der EVG-Verhandlungen in Paris hatte die deutsche Delegation Anweisung, nationale deutsche Korps durchzupauken. Heute ist man ehrlich anderer Meinung.

Oberst i.G. a.D. Johann A. Graf Kielmansegg, Theo Blanks militärischer Privatsekretär: "Wir hatten ganz einfach übersehen, daß bei einem sowjetischen Angriff auf unserer Seite - wie auch immer die politische Konstellation sein mag - ein Völkergemisch kämpfen wird. Mögen die Truppen auch noch als nationale Einheiten in den Krieg ziehen - schon nach kurzer Zeit werden sie aus taktischen Gründen durcheinandergewürfelt sein. Wenn das aber so ist, dann ist es besser, es schon im Frieden zu üben, als im Krieg vor einer völlig neuen Lage zu stehen."

Hinzu kommt noch ein anderes militärisches Moment: Koalitionsarmeen haben nie den inneren Zusammenhalt, den eine integrierte Armee erreichen kann. Sie bieten dem Gegner die Möglichkeit, sich auf die Front des schwächsten Koalitionspartners zu stürzen.

Beispiel General Heusingers, einst Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres und heute Leiter der militärischen Abteilung im Amt Blank:

"Die Katastrophe von Stalingrad nahm ihren Anfang, als sowjetische Panzerkeile die Frontabschnitte der rumänischen und italienischen Divisionen aufrollten. Die Rumänen und Italiener operierten selbständig. Bei der fest "integrierten" spanischen "Blauen Division" sind solche Pannen nie passiert."

Die gesammelte EVG-Streitmacht soll zusammen mit sechs in Deutschland stationierten US-Divisionen, vier britischen Divisionen, einer kanadischen Brigade und je einer norwegischen und dänischen Brigade (die für das kommende Frühjahr ihren Rückzug angekündigt haben) Europa im Eventual-Fall gegen einen sowjetischen Angriff verteidigen.

All diese Truppen sollen die Basis der europäischen Strategie des Nordatlantikpaktes bilden. Bleiben sie auch nur teilweise auf dem Papier stehen, so ist nach Ansicht der Experten im Amt Blank das sowjetische Durchmarschrecht bis zur Biskaya gesichert.

Werden sie Wirklichkeit, so hofft man in der Ermelkeilstraße zu Bonn optimistisch, einen sowjetischen Angriff nicht nur auffangen, sondern darüber hinaus zum Gegenangriff antreten zu können.

Die Frist bis zur Beendigung der Divisions-Aufstellung, bis Silvester 1954, hat Graf Kielmansegg die "europäische Durststrecke" getauft. Auf dieser Strecke ist Westeuropas Risiko groß

und seine Chance klein.

Da Ridgways Sachverständige im Atlantikpakt-Hauptquartier zu Paris fest damit rechnen, daß der Kreml aus strategischen Gründen nur einen Teil seiner rund 300 Divisionen auf Westeuropa ansetzen würde, ist es ihre Idee, den Angreifer nach dem Auffangen im Gegenstoß erst einmal soweit zurückzuwerfen, daß östlich der Grenzen der Bundesrepublik eine Verteidigungsstellung bezogen werden kann.

Wenn das erreicht ist, soll die Atlantikpakt-Parole lauten: Angreifen! Angreifen! Angreifen! In der globalen Version des großdeutschen Rußlandliedes:

"Von Finnland bis zum Gelben Meer ..." Denn die NATO-Strategen sind sich einig, daß der Sowjet-Armee nur so beizukommen sei.

Was allerdings im Ernstfall aus allen diesen Plänen wird, wissen weder US-General Matthew Bunker Ridgway und Frankreichs Marschall Alphonse Juin noch Blanks Strategen Adolf Heusinger und Hans Speidel.

Sicher ist nur, daß alle Pläne diesseits der Pyrenäen in die Binsen gehen, falls die westdeutschen Divisionen nicht bald aufgestellt werden. Möglich ist, daß sie auch in die Binsen gehen, wenn westdeutsche Divisionen aufgestellt sind. Denn der Bundeskanzler ist so ziemlich der einzige, der das Sicherheitssystem des Westens "grandios" nennt.

Wenn alle europäischen Parlamente grünes Licht für die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft geben sollten, wird sich das Amt Blank zunächst einmal spalten. Eine Hälfte wird deutsches Element der europäischen Territorial-Organisation unter dem Kommando eines deutschen Generals als Bevollmächtigtem des Zentralen Europäischen Generalstabs.

Wer das sein wird, hat Konrad Adenauer noch nie gesagt. Daß alle noch verwendungsfähigen Generale von Crüwell über Geyr von Schweppenburg und Manteuffel bis Wenck um dieses Kommando ringen werden, liegt in seiner Stellung begründet:

In der neuen europäischen Militär-Hierarchie wird der Bevollmächtigte das relativ unabhängigste Kommando führen. Etwa 5.000 deutsche Offiziere technischer und administrativer Laufbahnen werden ihm unterstellt.

Der deutsche Bevollmächtigte soll in der ersten 18-Monats-Phase Aufstellung und Ausbildung der westdeutschen Einheiten nach europäischen Richtlinien leiten. Seine "europäische Territorial-Organisation" wird aufgeteilt in "Wehrbereiche", etwa entsprechend den früheren Wehrkreisen.

Das westdeutsche Verteidigungsministerium in Bonn wird sich hingegen auf folgende Aufgaben beschränken:

- Politische Vertretung der Bundesrepublik in den Organen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft;
- Wehrgesetzgebung und innerdeutsche Militärverwaltung;
- Personalwesen und Rekrutierung.

Dem deutschen Bevollmächtigten des Zentralen Europäischen Generalstabs kann das Verteidigungsministerium nur in bestimmten Fällen, so bei der Durchführung von Mob-Plänen, Weisungen erteilen.

Ob Theo Blank auch erster Verteidigungsminister der Bundesrepublik wird, ist noch nicht gewiß. Seine Mitarbeiter hoffen es zwar. Aber es kann sein, daß nach den Bundestagswahlen des nächsten Jahres die bayerische Christlich-Soziale Union des Wehr- und Waffenredners Franz Josef Strauß, 37, eine solche Schlüsselstellung einnimmt, daß Konrad Adenauer dem Straußschen Ehrgeiz aus Koalitionsgründen wohl oder übel den begehrten Minister-Sessel unterschieben muß.

Auf dem diesjährigen Presseball im Kurhaus von Bad Neuenahr brachte der CSU-Strauß eine Photographin mit Geschick dahin, ihn für deutsche Illustrierte abwechselnd mit den beiden einflußreichen Gegenspielern im Amt Blank (SPIEGEL Nr. 45/52) aufzunehmen; einmal

Franz Josef Strauß mit Oberst Bogislav von Bonin, das andere Mal Franz Josef Strauß mit Oberst Johann A. Graf Kielmansegg.

Sobald der EVG-Vertrag in Kraft getreten ist, will Theo Blank seine Werber durch die deutschen Lande schicken. Soll: Möglichst schnell 100.000 taugliche Freiwillige (bisher liegen 25.000 unangefordert eingesandte Bewerbungen im Amt vor).

Die meisten von ihnen sollen gediente Leute mit Kriegserfahrung sein, die sich nach Offiziers- und Unteroffiziers-Posten sehnen.

Ein kleinerer Teil wird unter den Zwanzigjährigen gesucht. Hier muß Jugend und Begeisterung den Drill der Wehrmacht und die Kriegserfahrung ersetzen, damit nicht nur 25- bis 30jährige Leutnante und Unteroffiziere in den Kasernen der neuen westdeutschen Armee herumkommandieren.

Die Anzahl der Dienstgrade ist europäisch festgelegt: Vier Dienstgrade für Mannschaften, fünf für Unteroffiziere, drei für Offiziere niedrigerer Chargen, drei für Stabsoffiziere und vier für Generale.

Theo Blank braucht für sein Kontingent insgesamt folgende 22.000 Offiziere, wenn er zunächst auch nur 18.000 Stellen besetzen will, um den nach zwei Jahren zu erwartenden Beförderungen Rechnung zu tragen:

- 40 Generale
- 250 Obersten
- 900 Oberstleutnante
- 2.000 Majore
- 6.300 Hauptleute
- 12.300 Oberleutnante und Leutnante.

Vom Oberst aufwärts wird in der westdeutschen Armee jede Bestallung durch Kabinettsbeschluß gebilligt werden müssen. Der Bundesregierung soll dabei ein Ausschuß von fünfzehn "achtbaren Persönlichkeiten" (laut Theo Blank) des militärischen und öffentlichen Lebens beratend zur Seite stehen.

Die ersten 100.000 Angeworbenen sollen als Stammpersonal die Kader bilden. Sie werden in Kurzlehrgängen fit gemacht. Gediente Leute werden vier bis acht Wochen, ungediente mehrere Monate gefreitenreif gedrillt. Insgesamt sind für die Aufstellung der Kader neun bis zwölf Monate vorgesehen, also planungsgemäß das Jahr 1953, damit das Jahr 1954 der Aushebung und Ausbildung der Rekruten dienen kann.

Dem Deutschen Bundestag obliegt es, während der Kader-Aufstellung ein Wehrpflichtgesetz zu erlassen. Dieses Gesetz soll dann 1954 die Jahrgänge 1933 bis 1935 unter die Bundes- und Europafahnen rufen.

Nach den Wehrtauglichkeitserfahrungen mit den Bundesgrenzschutz-Freiwilligen werden diese Jahrgänge knapp ausreichen, außer den Standortlazaretten auch noch die vorgesehenen zwölf Divisionen zu füllen.

Die Unterbringung der Rekruten ist das zweite Problem. Zwar gibt es Kasernen genug aus großdeutschen Tagen, aber sie sind mit Flüchtlingen oder Besatzungstruppen belegt. Meinte Theo Blank schon 1951 nach einer ersten Inspektionsfahrt durch die Bundesländer: "Kasernen haben wir genug. Es fehlen noch die richtigen Bewohner..."

An Reserveübungen für ältere Jahrgänge wird in der Ermelkeilstraße für die nächsten Jahre nicht gedacht.

Wenn am Abend die Lichter des Amtes Blank verlöschen, wenn die Offiziers-Angestellten heimtrotten und alle technischen Detailvorschläge wohlbehütet in den Tresoren ruhen, brütet Theo Blank beim Schein einer messingnen Souvenir-Grubenlampe aus gewerkschaftlichen Bergbautagen in seinem 4 mal 4 Meter-Dienstzimmer immer noch am schubladenlosen Schreibtisch. Kumpels mit verschmierten Gesichtern und eine Madonna hängen als Bilder

außer einer großen Deutschlandkarte an den Wänden.

Dieser Noske der Bundesrepublik kennt zum Kummer seiner Mitarbeiter nur den 12-Stunden-Tag. Punkt acht Uhr sitzt er jeden Morgen an seinem Schreibtisch. Das Frühstück serviert ihm seine Sekretärin Frau Müller, geb. Buttler, 37. Er hat sie sich von den Gewerkschaften mitgebracht.

Frau Müller: "Herr Blank ist der bescheidenste Chef, den es gibt. Seine knappe Freizeit widmet er zu gleichen Teilen seinem Garten und - immer noch - seinem Wahlkreis. Neulich war er sehr beunruhigt, weil eine von ihm gepflegte Buche in der Krone Blätter verlor. Gott sei Dank hat sie sich erholt. Sein ganzer Stolz ist sein erarbeitetes Eigenheim."

In dieses kleine Einfamilienhaus in Dortmund-Brakel wo ihn seine Frau und sein zehnjähriger Sohn erwarten, kommt Theo Blank nur noch selten, um derart volkstümlichen Hobbys zu fröhnen. Seine Zwitterstellung läßt ihm kaum ein freies Wochenende; als Leiter der Dienststelle Blank (290 Mann) und Führer der deutschen EVG-Delegation (230 Mann) pendelt er unentwegt zwischen Paris und Bonn hin und her.

Wie oft er schon in Paris war, weiß er nicht mehr. "Nach dem fünfzigsten Mal habe ich das Zählen aufgegeben."

Manchmal bringt er eine Anekdote von der Seine an den Rhein mit. Von seiner letzten Tour diese über eine echte deutsche Fehlleistung im Freudschen Sinne: Als ein Franzose sich mit einem Mitglied der deutschen Delegation in Paris verabreden will und man den Treffpunkt überlegt, schlägt der Deutsche dem Franzosen vor: "Ach, kommen Sie doch einfach in eins der Hotels, die wir beschlagnahmt haben ..."

Für Bonner Anekdoten braucht Theo Blank nicht zu sorgen. Zwar ist die Inschrift auf der rückwärtigen Hofmauer des Amtes Blank aus bombenregnerischen Tagen: "Fluchtweg offenhalten" neuerdings verputzt worden. Aber noch immer lautet die Telefonnummer des Hauptquartiers jener westdeutschen Streitkräfte, die dereinst vielleicht einmal Seite an Seite mit den Franzosen Europa verteidigen sollen, ausgerechnet: 3 - 1871.

Blanks anekdotenzeugende Anspruchslosigkeit ist in ganz Bonn legendär. Er bewohnt eine Einzimmerwohnung im Hochhaus der Reuter-Siedlung, dem größten Beamten-Ghetto der provisorischen Hauptstadt. Als einzige Person im Kabinettsrang fährt er einen Mercedes 170 S; alle anderen mindestens den 220. Seinem Fahrer hat er verboten, einen Ständer am Wagen zu befestigen, während die übrigen Kabinettsmitglieder sich durch cellophanverpackte Bundesfarben Achtung im Straßenverkehr zu verschaffen suchen. Das unentbehrliche Requisit jedes Bonner Mächtigen, den persönlichen Referenten, kennt Blank nicht.

Dabei spielt er nicht den Asketen. "Ich bin kein Antialkoholiker." Und Zigaretten raucht er hektisch stangenweise.

Eine Handvoll erstklassiger Offiziere ist es, die den Oberleutnant d.R. a.D. Theo Blank seit seinem Amtsantritt in die Welt der militärischen Geheimnisse einführte und seinen engsten Stab bildet. General Hans Speidel als militärischer Chefdelegierter in Paris und dessen Vertreter, Oberst i.G. Kurt Fett, das "Organisationsgenie"; General Adolf Heusinger als Leiter der militärischen Abteilung des Amtes Blank in Bonn und dessen militär-politischer Berater Oberst Graf Kielmansegg sowie den Major Axel von dem Bussche, der sich mit Hitler in die Luft sprengen wollte.

Später, nach Unterzeichnung des EVG-Vertrages, trat zu ihnen der Oberst Bogislav von Bonin, verantwortlich für die militärische Planung. Theo Blank: "Wir können in Paris nicht mit Lehrbuben auftreten. Das hat auch Kurt Schumacher eingesehen. So haben wir im Juni den Bonin eingekauft."

Daß es heute in Bonn gang und gäbe ist, wieder für Generale die militärische Anrede zu gebrauchen, ist Schuld Konrad Adenauers. In einer Kabinettsitzung, zu der Adolf Heusinger gebeten war, sprach ihn der Bundeskanzler stets mit "Herr General" an. Seitdem folgt die ganze

provisorische Hauptstadt seinem Beispiel.

Für alle Generalstäbler in der Ermelkeilstraße war Theo Blanks Umgangston, der seine soziale Herkunft nie verhehlt, zunächst ungewöhnlich; der Amtschef kann im leicht westfälischen Tonfall zu jedermann sehr ausfallend werden.

Für alle Generalstäbler aber wirkte Theo Blanks Einfühlungsvermögen in die militärische Denkweise geradezu frappierend; sein mathematisches Studium kam ihm dabei zustatten.

Wenn Theo Blank des Abends an seinem Schreibtisch hockt, widmet er seine Gedanken nicht nur der technischen Militärwissenschaft. Ihn quälen auch die politischen und ethischen Fragen des neuen Soldatentums.

Theo Blank ist ungewöhnlich sachlich und nüchtern. Daß er im letzten Gemeindevwahlkampf der CDU volle Häuser brachte, wo immer er auftauchte, kommentiert er nur: "Die Leute kamen bloß, um den komischen Vogel zu sehen, der das da alles macht."

Er verfißt die Konzeption des Kanzlers. Das hindert ihn nicht, in einzelnen Punkten abweichender Meinung zu sein. Aber es hindert ihn, dieser abweichenden Meinung etwa auf dem Umweg über die Presse Nachdruck zu verleihen. Seine Loyalität gegenüber Konrad Adenauer ist hundertprozentig. Das Kabinett, an dessen Sitzungen er stets teilnimmt, ist das einzige Gremium, in dem er gegenteilige Ansichten zur Kanzler-Politik vertritt.

Zugleich bemüht er sich, den Draht zur Opposition nicht abreißen zu lassen. Regelmäßig traf er sich zu Gesprächen mit Kurt Schumacher. Mitte November hatte er nun auch die erste Zwei-Stunden-Aussprache mit Schumacher-Nachfolger Erich Ollenhauer. "Es war sehr gemütlich", teilte er seinen Mitarbeitern mit.

Sinn dieser Gespräche mit der Opposition ist es, wie er dem SPIEGEL sagte, "den Streit über das "Ob" des Verteidigungsbeitrages nicht eines Tages auch noch in einen Streit über das "Wie" ausarten zu lassen."

Blanks Aussichten, das zu verhindern, sind groß. Er ist das Kabinettsmitglied, dem die Sozialdemokratie auf Grund seiner Haltung und seiner politischen Karriere das größte Vertrauen entgegenbringt. Der aufsteigende SPD-Star Fritz Erler, 39, scheute sich nicht, vor Bonner Studenten öffentlich und ernsthaft von "meinem Freunde Theo Blank" zu sprechen.

Im Amt Blank glaubt man, daß der Rückhalt des quasi-Verteidigungsministers in der deutschen Arbeiterschaft echt sei. Dieser Rückhalt existiere nicht nur bei einigen sozialdemokratischen Spitzenfunktionären.

Was Theo Blank machen will, ist eine Scharnhorst-Aufgabe, ist die Schaffung eines neuen Geistes in der Armee. Blank sieht diese Aufgabe aus der Perspektive des Christen. In seiner Armee, wo es vielleicht keinen "Bau" mehr aus disziplinarischen Gründen, wahrscheinlich das Wahlrecht per Post und bestimmt Ausgang in Zivil geben wird, soll kein Eid gefordert werden. Sagt Theo Blank: "Ich habe im letzten Kriege zu oft gesehen, wie Menschen durch ihren Eid in unlösliche Gewissenskonflikte gestürzt wurden."

Die erste Auseinandersetzung zwischen Reformisten und Nur-Militärs auf dem Schlachtfeld der Ethik, die mit der Entlassung des Reserve-Unteroftiziers Konrad Kraske endete (SPIEGEL Nr. 45/52), hat Theo Blank zwar mit Bravour bestanden; beide Parteien glauben nicht zu Unrecht, ihn auf ihrer Seite zu haben. Aber eine andere, größere Auseinandersetzung steht bevor.

Amerikas Hoher Kommissar Donnelly hat es Kanzler Adenauer klipp und klar im Namen seiner Regierung erklärt: Die Vereinigten Staaten wünschen keine verweichlichten demokratischen Staatsbürger in Uniform im Kampf gegen die Sowjets neben sich zu haben, sondern jene harten Soldaten, die der Welt in zwei Weltkriegen zehn Jahre lang die Stirn boten.

Die Amerikaner haben die Reformpläne mißverstanden. Auch die Reformisten im Amt Blank wollen keine verweichlichten Soldaten. Sie wollen nur keinen Kommiß. Aber durch dieses Mißverständnis ist Theo Blanks ganzes Werk in Gefahr.

"Ich habe den härtesten Schädel in Bonn", proklamierte er zwar, als im Fall Kraske am Horizont die Gretchenfrage auftauchte, ob die Politiker in Deutschlands künftiger Armee das Primat behalten würden oder nicht. "Solange ich hier bin, wird getan, was ich befehle. ..."

Ob Theo Blank mit seinem harten Schädel jedoch auch fernerhin durch alle aufgerichteten Widerstands-Wände rennen kann, ist noch ungewiß. Er weiß das selbst am besten.

Ein Buch hat es ihm in den letzten Wochen angetan, ein Kriegsgefangenenbuch. Nach der Lektüre war der Katholik Blank so begeistert, daß er sofort ein Rendezvous mit dem Verfasser arrangierte, dem evangelischen Theologen Professor Helmut Gollwitzer.

Dem Buch ist das Motto vorangestellt: "Ein anderer wird dich gürteln und führen, wohin du nicht willst." ...<<

25.12.1952

BRD: Der Nordwestdeutsche Rundfunk überträgt am 25. Dezember 1952 erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 25. Dezember 1952 über den Start des bundesdeutschen Fernsehens: >>Fernsehen da: Ein neues Zeitalter beginnt

... Genau eine Stunde und 58 Minuten dauert der erste TV-Abend – mit dabei Irene Koss, Deutschlands erste TV-Ansagerin und Showmaster Peter Frankenfeld.

Die Revolution aus der Röhre kann auf 4.664 genau registrierten Bildschirmen – u.a. von 1.632 Gastwirten, 453 Fabrikanten, 7 Pfarrern, einem Badeanstaltsbesitzer und Bundespräsident Theodor Heuss – empfangen werden.

Ein Fernseher kostet unerschwingliche dreieinhalb Monatslöhne – 1.150 Mark. Die Zuschauer drängeln sich in Kneipen und schauen mit frierenden Füßen in die Schaufenster von Elektroläden. ...<<

1952

DDR: Im Jahre 1952 fliehen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Die Atlantik-Brücke wird 1952 in Hamburg gegründet und fördert seither erfolgversprechende deutsche Nachwuchspolitiker), um sie anschließend mit den US-Eliten zusammenzuführen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 30 Juni 2012) über die "Atlantik-Brücke": >>Im Dienst der Vereinigten Staaten

Im altherwürdigen Magnus-Haus in Berlin gegenüber der Museumsinsel befindet sich seit 1999 die Zentrale der Atlantik-Brücke. Im selben Haus hat auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sein Büro. Nebenan patrouillieren Polizisten, dort wohnt Kanzlerin Angela Merkel. Die räumliche Nähe ist zufällig, aber auch symbolisch und zugleich praktisch. Denn Weizsäcker wie Merkel sind Mitglieder dieses transatlantischen Clubs.

Die Atlantik-Brücke bezeichnet sich als überparteilich, gemeinnützig und privat. Bescheiden verlautet sie, ihr Ziel sei es, "eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu schlagen". Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Große Worte hat die Atlantik-Brücke nicht nötig.

Eingeweihte wissen, daß es sich um einen der exklusivsten und einflußreichsten Vereine in Deutschland handelt. Die Atlantik-Brücke zählt rund 500 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien. Zutritt erhält man nicht durch Bewerbung, sondern durch Empfehlung. Die Atlantik-Brücke gibt sich im Unterschied zu den Bilderbergern (JF 25/12) transparent, doch ihre Wirkung erzielt auch sie vor allem durch diskretes und informelles Handeln.

Bündelung proamerikanischer Kräfte

Gegründet wurde sie 1952 in Hamburg. Die Idee, die proamerikanischen Kräfte in der Atlantik-Brücke zu bündeln, zu koordinieren und mit den amerikanischen Eliten zu vernetzen, stammte vom Bankier Eric M. Warburg. Unterstützung fand er beim amerikanischen Hochkommissar John McCloy. Zu den Gründungsmitgliedern zählten die Zeit-Journalistin Marion

Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt. Gleichzeitig wurde als amerikanische Komplementär-Organisation der American Council on Germany ins Leben gerufen. Dessen bekanntestes Mitglied ist Ex-Außenminister Henry Kissinger.

Die Atlantik-Brücke betätigt sich als Forum, Netzwerk und Denkfabrik. Sie organisiert Tagungen, Austauschprogramme, Vorträge und Hintergrundgespräche. Bundespräsident Joachim Gauck gehört dazu, auf der Liste stehen Führungskräfte aus Banken und Konzernen, Spitzenpolitiker der maßgeblichen Parteien und bekannte Medienvertretern: der Fabrikant Arend Oetker, der Unternehmensberater Roland Berger, der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner, ZDF-Moderator Theo Koll, Zeit-Herausgeber Josef Joffe und der Zeit-Journalist Matthias Naß, der auch bei den Bilderbergern mitmisch.

Zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag treffen sich hier, so der Vorsitzende Ruprecht Polenz und Philipp Mißfelder (beide CDU). Polenz tritt vehement für eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein, was den Wünschen der Vereinigten Staaten entspricht. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß er sich im September 2011 im Magnus-Haus mit türkischen und amerikanischen Politikern zu einem "Arbeitsfrühstück" traf.

Özdemirs Stipendium

Neben natürlichen Personen sind auch Institutionen und Unternehmen vertreten, etwa der Daimler-Konzern, die Deutsche Bank, Goldman Sachs, und der American Jewish Congress. Die Atlantik-Brücke ist eng verbunden mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (die als eine Kopie des amerikanischen Originals gegründet wurde), mit der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft oder mit der Stiftung Wissenschaft und Politik. Besondere Bedeutung haben die "Young Leaders-Programme", die Nachwuchskräfte in die transatlantischen Netzwerke einbinden. Zu den "Young Leaders" zählen Altpräsident Christian Wulff, Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Bild-Chefredakteur Kai Diekmann und Grünen-Chef Cem Özdemir.

Natürlich ist nicht jedes Mitglied der Atlantik-Brücke ein proamerikanischer Lobbyist. Der Vorsitzende Friedrich Merz etwa widerspricht vehement der amerikanischen Forderung nach Ausgabensteigerungen im Bundeshaushalt. Aber je mehr ein Politiker seine Karriere dem transatlantischen Netzwerk verdankt, um so mehr hängt sein soziales Prestige davon ab und ist er diesem verpflichtet. Özdemir verzichtete 2002 auf sein Bundestagsmandat, nachdem er wegen einer Bonusmeilen-Affäre in die Schlagzeilen geraten war.

Er nutzte die Auszeit für ein Stipendiat in den Vereinigten Staaten, und machte sich mit dem amerikanischen Politikbetrieb vertraut. Unter anderem hatte er Kontakt zum "Project for the New American Century", einer neokonservativen Denkfabrik, die für die weltweite Dominanz der Vereinigten Staaten wirkt. Nach seiner Rückkehr zog er ins Europaparlament ein, wo er Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses wurde. Heute befürwortet Özdemir lautstark eine europäische Banken- und Schuldenunion, die auch von der Regierung in Washington angemahnt wird. Für den EU-Beitritt der Türkei ist er ohnehin.

Die offizielle Gewaltenteilung wird degradiert

Solche informellen Verbindungen und Entscheidungsstränge degradieren die offizielle Gewaltenteilung und die parteipolitischen Auseinandersetzungen über Außenpolitik weitgehend zur Theaterkulisse. Auch der CDU-Politiker Eckart von Klaeden und sein Bruder Dietrich gehören der Atlantik-Brücke an. Bis 2009 war Eckart außenpolitischer Sprecher seiner Partei, heute ist er Staatsminister im Kanzleramt. FDP-Mitglied Dietrich von Klaeden ist beim Springer-Konzern für die Kontakte zu Regierung und Parlament zuständig.

Wer politische Entscheidungen und Entwicklungen, Debattenverläufe und Pressekampagnen verstehen will, muß derartige Strukturen stets mitdenken.<<

Frankreich: Die Zeitung "Le Monde " berichtet im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit"

(x243/179): >>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

1953

Die politische Freiheit ist eine schickliche Fabel, welche die Regierenden ersonnen haben, um die Regierten einzuschläfern.

Napoleon I. Bonaparte (1769-1821, französischer Offizier und Kaiser)

13.01.1953

UdSSR: Stalin warnt am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplott".

Stalins Antisemitismus, der immer latent vorhanden war, wurde spätestens ab 1951 zur Manie. Gegen Ende seines Lebens litt Stalin vermutlich unter permanenten Wahnvorstellungen. In dieser von Angst, Mißtrauen und antisemitischer Hetze geprägten Atmosphäre plante Stalin im Jahre 1953 neue "Säuberungswellen" in der UdSSR. Nachdem genügend "eigene Intelligenz" herangereift war, beabsichtigte Stalin, die sowjetisch-jüdische Führungsschicht vollständig zu beseitigen.

"Die "Welt am Sonntag" berichtete z.B. am 6. Juli 1986: >>... Stalins Geheimdienst ließ Molotows Frau Paulina 1952 ins Arbeitslager deportieren, weil sie Jüdin war. Auch Wjatscheslaw Molotow (1890-1986, seit 1906 enger Mitarbeiter Stalins, ab 1939 sowjetischer Außenminister) stand schon auf der Deportationsliste. ...<<

Die geplanten Säuberungen wurden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

18.02.1953

Berlin: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (8/1953) berichtet am 18. Februar 1953 über das Schicksal der Sowjetzonen-Flüchtlinge: >>**Reine Torschlußpanik**

Fluchtabwehr-Kommissar Eisler fährt jetzt von Großstadt zu Großstadt, um der unzufriedenen Bevölkerung die Fluchtgedanken auszureden: ... "Es wird allen Flüchtlingen gehen wie ihren Vorgängern, den russischen Kulaken, Spionen und Schiebern. Sie werden in den Bordellen, Zuchthäusern und Fremdenlegionen Westeuropas enden. Ruhelos werden sie von Elendsquartier zu Elendsquartier immer weiter westwärts wandern."

Die SED-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Kehrt zurück!

Alle, die unüberlegt gehandelt haben, können und sollen zurückkehren. Unsere Behörden werden bei der Ausstellung neuer Zuzugsgenehmigungen großzügig sein."

"Wir sind doch nicht verrückt", tippte sich (der ostpreußische) Bauer Eduard Modekat auf die breite Stirn, als er im Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer von diesem angeblichen Generalpardon erfuhr. "Wer einmal auf der Flucht ist, kann nicht wieder umkehren."

... Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer. Hier kampieren 1.500 Menschen in einer ehemaligen Fabrik.

Es gibt 77 solcher Aufnahmелager auf der Insel Westberlin; manche beherbergen soviel Menschen, wie ein Marktflücken in Vorpommern Einwohner hat. Es kribbelt in den mehrstöckigen Fabrikgebäuden wie in den Waben eines Bienenkorbes. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, das sind etwa 70 % der Geflüchteten, darf hoffen, bald nach Westdeutschland ausgeflogen zu werden.

Bauer Modekat will viel weiter fliegen: er will in die Weizengegend ... nach Kanada. ... So weit spannt sich im Extrem der Bogen der großen Ost-West-Wanderung, die seit 1945 kein Ende findet.

2 Millionen Menschen sind binnen 7 Jahren aus der Sowjetzone nach Westdeutschland übergelaufen. ...

"Die Sowjetzonen-Machthaber schoben systematisch die unsicheren Kantonisten und sog. Klassenfeinde aus dem Bürgertum, die sie nicht alle einsperren konnten, ab. Es kam aber auch viel menschlicher Schrott und ein großer Teil sozialen Gepäcks - Alte, Kranke, Krüppel." ... Ministerialrat Senteck schüttelte oft den Kopf: "Wir sind doch keine Pensionskasse."

Die Fluchtwelle lief synchron mit den Maßnahmen des SED-Politbüros zur Umschichtung der Gesellschaftspyramide, entsprechende dem ökonomischen Strukturwandel (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großbetriebe und des Handels) nach Jahresplänen. ... Mit den Bauern flüchten viele Landarbeiter, selbständige Handwerker, flüchten Industriearbeiter und flüchten in zunehmendem Maße seit Wochen die "Garanten der Zukunft", die so intensiv geschulten und dennoch ablehnenden Jugendlichen. ...

"Es ist reine Torschlußpanik", deutet der Leiter des Notaufnahmeverfahrens, Dr. Zimmer, die neue Welle. "Die Menschen fürchten, daß ihnen in kurzer Zeit auch der letzte Fluchtweg aus der DDR verriegelt wird, nachdem bereits im vergangenen Jahr längs der ganzen Zonengrenze von Travemünde bis Hof eine dichtbesetzte breite Sperrzone angelegt worden ist." ...

Wie aber will der überfüllte Westen mit seiner konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit den permanenten Menschenzustrom verkraften? Täglich spülen die Züge aus der Sowjetzone weitere 1.000 bis 1.500 Menschen vor die Tore Westberlins. ...

Senator Bach trommelte: "Berlin ertrinkt in einer infektiösen Flut", bis er die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer soweit hatte, ... monatlich etwa 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Damit glaubt Senator Bach, endlich auch die nicht anerkannten "ewigen Flüchtlinge" langsam loszuwerden. Sie vagabundieren z.T. schon jahrelang in Westberlin.

"Zurück in die Sowjetzone will keiner, obwohl diese Menschen hier fast rechtlos sind (kein Arbeits- und Wohnrecht besitzen) und von einer sehr schmalen Sozialunterstützung leben. Ruhelos wandern sie durch die hellerleuchteten Geschäftsstraßen der Stadt und bleiben vor den lockenden Schaufenstern der Luxusläden stehen. Ist es ein Wunder, wenn sich der Neid in ihnen regt?

Viele der Nichtanerkannten nächtigen in Ruinen und Wartesälen. Sie nehmen in der Stadt der 300.000 Arbeitslosen Schwarzarbeit zu jedem Tarif an, und aus mancher FDJ-Aktivistin oder sowjetzonalen Arbeitsmaid wurde sehr bald ein "Fräulein".

Wieviel "illegale Flüchtlinge" Westberlin beherbergt, weiß niemand ganz genau. ...

Auch Bundeskanzler Adenauer kam nach Westberlin, um das Flüchtlingselend nahebei zu besehen und den deutschen Brüdern und Schwestern im Osten das stereotype "Haltet aus!" zuzurufen. Er schreckte sie aber mit der Tatarennachricht, die Russen würden demnächst Mongolen und Chinesen in der DDR ansiedeln und die deutschen Menschen samt und sonders nach und nach verdrängen. ...

Den meisten Anklang bei den Sowjetzonen-Bauern fand Kanadas Botschafter Davis. Er bemüht sich, ihnen das Tor zu unerschlossenen Weiten seines Heimatlandes aufzustoßen. ...

Die Flüchtlinge haben inzwischen gemerkt, daß sehr stark sortiert wird. Familienväter mit mehr als einem Kind haben keine Chance. Wer angenommen wird - hauptsächlich junge Leute -, wird kostenlos verfrachtet, muß sich aber verpflichten, mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft zu arbeiten. ...<<

27.02.1953

BRD: In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1953 zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan).

In den folgenden 30 Jahren sollen 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/-156).

Großbritannien: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung

und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernimmt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigt 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden werden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Das "Universal Lexikon" berichtet später über das "Londoner Schuldenabkommen" (x848/...):
>>Londoner Schuldenabkommen, das am 27.2.1953 auf der Grundlage der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Konferenzen und Vereinbarungen) geschlossene Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.

Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die deutschen Vorkriegsschulden zwischen der Bundesrepublik Deutschland (als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches) und den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90 % der Forderungen.

Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zwischen den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der Bundesrepublik zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd. DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd. DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gekürzt. Diese reduzierten Beträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung.

Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1.4.1953, die Tilgung (jährlich 198 Mio. DM) am 1.4.1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden zum Teil bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reichs (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe) entsprechen rd. 25 % der deutschen Vorkriegsschulden.

Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhaltungsschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr.

Das Londoner Schuldenabkommen förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der Bundesrepublik Deutschland von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen.

Die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen sind durch vorzeitige Schuldentilgung im Wesentlichen seit 1980 erfüllt. (Reichsschulden).<<

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtet später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... In den Jahren der Weimarer Republik flossen erhebliche Mengen Kapitals aus dem Ausland nach Deutschland. Das führte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den sprichwörtlichen "goldenen zwanziger Jahren", sondern vor allem zur Stabilisierung der Macht der Konzerne, ihrer Profite und des deutschen Rüstungspotentials.

Die im Zuge mehrerer Anleihen vom Deutschen Reich, vom Staat Preußen und öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Kredite waren bis 1939 nicht zurückgezahlt. Während des Krieges erfolgten keine Rück- oder Zinszahlungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten zunächst auch keine Zahlungen. Das Reich existierte nicht mehr, es gab keine deutsche Stelle, die hätte Tilgung oder Zinszahlung vornehmen können. Als die Adenauer-Regierung nach Gründung des westdeutschen Separatstaates den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, blieb es der Bonner Regierung vorbehalten, diese Auslandsschulden samt Zinsen zu übernehmen.

Bundeskanzler Adenauer erkaufte sich die Legitimation seiner Regierung in der westlichen Welt durch die Übernahme aller Auslandsschulden des Deutschen Reichs aus der Vorkriegszeit.

Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandsschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigelegt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht.

Die Westmächte wollten möglichst schnell per Notenwechsel die Zusage auf Schuldenübernahme. Auch Adenauer wollte dies rasch erledigt haben. Allerdings gab es auf deutscher Seite, selbst in der CDU-Führung und bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Widerstand gegen Vorgaben der Alliierten. Strittig war nicht die pauschale Zusage zur Schuldenübernahme, sondern waren Verfahrensfragen.

Nach vielen Verhandlungen kam es schließlich am 6. März 1951 zum gewünschten Notenaustausch und der weitgehend von den Hohen Kommissaren auf dem Bonner Petersberg formulierten Schuldenerklärung.

Darin hieß es: "Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind."

Im weiteren brachte die Bundesregierung "ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen".

Die Erklärung erstreckte sich auch auf die Nachkriegsschulden aus der westlichen "Wirtschaftshilfe" für Westdeutschland. Entscheidend aber war, daß die Bundesrepublik, die den Anspruch der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, juristisch die Verantwortung für dessen Auslandsschulden tragen wollte. ...

Die Arten und die Höhe der zu begleichenden Schulden, Zahlungs- und andere Modalitäten wurden dann auf der Londoner Schuldenkonferenz ausgehandelt. Verhandlungsführer seitens der Bundesrepublik war der Adenauer-Intimus Hermann Josef Abs, zuvor eine der wesentlichen Figuren innerhalb der monopolkapitalistischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Nach diversen Vorverhandlungen begann am 28. Februar 1952 die Hauptkonferenz zur Regelung der deutschen Schuldenfrage. Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des "Reichs", auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln; darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.

Bei den zur Debatte stehenden Schulden handelte es sich nicht um Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Reparationen waren bis 1932 abbezahlt bzw. die Siegermächte hatten, nach wiederholten Neufestlegungen der Höhe und Zahlungstermine, die Beendigung von Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 hinnehmen müssen.

Nun ging es darum, jene Kredite aus der Zeit der Weimarer Republik abzuwickeln, die z.B. im Zusammenhang mit dem Dawes- und dem Young-Plan, teilweise durch mehrere Stillhalteabkommen gestundet, im Krieg nicht bedient und getilgt worden waren, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen.

Natürlich war die Bonner Verhandlungsdelegation bemüht, die Höhe der zu begleichenden Altschulden möglichst niedrig anzusetzen. Die am 15. März 1945 von der damaligen Reichsschuldenverwaltung im Reichsanzeiger angegebenen (nach den seinerzeitigen Börsenkursen) 1.341,8 Millionen Reichsmark konnten nicht gelten. Auch setzte man darauf, daß die ausländischen Gläubiger die Hoffnung auf volle Rückzahlung längst aufgegeben hätten. Schließlich

sollte ein Zahlungsmodus ausgehandelt werden, der den wieder erstarkenden Konzernen in Westdeutschland genehm war.

Eine bedeutende Rolle spielte das Argument, daß die Bundesrepublik wegen erheblicher "Gebietsverluste" nur begrenzt Zahlungsfähigkeit besäße, daß "wichtige Reichsteile weiter abgetrennt" seien (Hermann Josef Abs). Die territoriale Beschränkung der Herrschaftsgewalt der Bundesregierung müsse berücksichtigt werden. Adenauer hatte schon in der Schuldenerklärung vom März 1951 hierauf verwiesen, und die Westmächte hatten dies in ihrer Antwortnote auch ausdrücklich bestätigt.

Im Ergebnis der mehrmonatigen Verhandlungen wurden als Gesamtverbindlichkeit der BRD 13,73 Milliarden DM vereinbart. Die Vorkriegsschulden wurden auf 7,3 Milliarden DM festgesetzt. Für diese Schulden waren auch die Zinssätze reduziert worden.

Abs erklärte auf der abschließenden Sitzung der Hauptkonferenz am 8. August 1952, die deutsche Seite habe gewiß nicht die Absicht verfolgt, "von lästigen Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit freizukommen". Es sei ihr um die Erfüllung der vertraglichen Rechte, nicht um die billigste Lösung gegangen. ...

Das mit seinen Einzelverträgen, Anhängen und Anlagen mehrere hundert Seiten umfassende Londoner Schuldenabkommen wurde schließlich am 27. Februar 1953 unterzeichnet. Neben dem Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurden die Ansprüche der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der an Westdeutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt sowie zwei weitere spezielle Abkommen zwischen der BRD und den USA getroffen. Zuvor war mit Dänemark die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949 vereinbart worden.

Das Londoner Schuldenabkommen über deutsche Auslandsschulden trägt die Unterschriften von BRD, USA, Großbritannien und Frankreich (Signatarstaaten) sowie 15 weiterer Staaten - von Belgien über Ceylon, Liechtenstein, Luxemburg und Pakistan bis Südafrika, um nur einige zu nennen. 70 westliche oder neutrale Staaten waren eingeladen, sich dem Abkommen anzuschließen, "Ostblockstaaten" waren nicht dabei. Nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die vier Signatarstaaten trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt.

Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg. In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den

drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen. Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktssystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributeleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten".

Im Hinblick darauf, daß die noch zurückzuzahlenden Kredite in der Weimarer Republik dazu gedient hatten, die deutsche Wirtschaft - und das hieß, die Konzerne für neue Profite und ihr Rüstungspotential - zu stärken, betonte er, daß das deutsche Volk nichts zu tun haben will "mit der Rückzahlung von Rüstungsgeldern, die in den zwanziger Jahren den Krupp und Thyssen zur Vorbereitung des Krieges geleistet wurden".

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern".

"Dieser Neubeginn fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, in dem sich Deutschland anschickt, seine Souveränität wiederzugewinnen und sich in eine neu zu schaffende europäische Ordnung als gleichberechtigter Partner einzufügen", so der Abgeordnete Hermann Kopf.

Die zweite und dritte Lesung ging am 2. Juli 1953 nur mit Schwierigkeiten über die Bühne. Das Abkommen mit Frankreich wurde zunächst mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit einem Trick erwirkte man eine Wiederholung der Abstimmung, die dann eine Zustimmung brachte. Damit war auch das ganze Gesetzeswerk "gerettet". Frankreich und Großbritannien hatten bereits ratifiziert. In den USA dauerte es noch, weil im Senat ziemliche Unkenntnis über die Situation in Europa herrschte und offenbar das Abkommen einigen Senatoren als zu großzügig gegenüber den Deutschen erschien.

Letztlich aber waren in den USA politische Motive ausschlaggebend, die BRD nicht zu sehr mit Schulden zu belasten. Ein ausgepowertes, wirtschaftlich am Boden liegendes Deutschland wäre "der sicherste Weg, die Deutschen in die Arme der Russen zu treiben", resümierte der Leiter des Senatsausschusses für Außenpolitik, Alexander Wiley. ...

Dank Marshall-Plan und der Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard ("Wirtschaftswunder") beim Wiederaufbau nach den katastrophalen Kriegszerstörungen gelang es der BRD entgegen aller pessimistischen Prognosen relativ problemlos, die in London festgesetzten Zahlungen zu leisten - bis auf einen als "Schattenquote" geführten Rest von etwa 250 Millionen DM. Begünstigend war, daß die Sätze der rückständigen Zinsen im Abkommen von sieben auf fünf Prozent (Dawes-Anleihe) und von 5,5 auf 4,5 Prozent (Young-Anleihe) bzw. von sechs auf vier Prozent (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe genannt) gesenkt worden waren.

Die vorrangig zu bedienenden Nachkriegsschulden waren bis 1961 (Großbritannien und Frankreich) bzw. 1966 (USA) abbezahlt. Die durch die früheren Stillhalteabkommen gestundeten Beträge wurden schon bis Ende 1954 gezahlt. Bis Ende 1960 war mehr als ein Drittel der Vorkriegsschulden abgegolten. Bis 1980 waren alle festgelegten Zahlungspflichten erfüllt (1969 war die Dawes-Anleihe, 1980 die Young-Anleihe fällig geworden). Offen war noch die "Schattenquote". Das waren die Zinsforderungen aus den bereits zurückbezahlten Anleihen für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 1952, insgesamt etwa 250 Millionen DM.

Der damalige Vizekanzler Franz Bücher (FDP) wollte für diese Zeit bis zum Beginn der Schuldenkonferenz eigentlich gar keine Zinsberechnung, weil in dieser Periode die Alliierten die politische Macht ausübten, den Deutschen deshalb keine Versäumnisse anzulasten seien. Aber in den Verhandlungen wurde entschieden, diese Zinsforderungen als "Schattenquote" bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auszusetzen. Damit sollte auch dem Umstand Rechnung

getragen werden, daß Bonn nicht über ganz Deutschland regierte. ...<<

28.02.1953

BRD: Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

Februar 1953

DDR: Das SED-Regime läßt im Februar 1953 an der Ostseeküste zahlreiche Hotel- und Fremdenheimbesitzer wegen "Wirtschaftsverbrechen" festnehmen ("Aktion Rose").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktion Rose" (x009/19): >>Schlagartig im Februar 1953 durchgeführte Aktion an der Ostseeküste.

Innerhalb weniger Tage wurden wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen eine große Anzahl von Hotel- und Fremdenheimbesitzern nach vorangegangener Haussuchung - die meistens keine Ergebnisse brachte - verhaftet und in die Strafanstalt Bützow-Dreibergen verbracht. Hier wurden sie durch Sondergerichte in Schnellverfahren zu Zuchthausstrafen und Vermögenseinziehung verurteilt.

Während die Freiheitsstrafen in vielen Fällen nach einiger Zeit im Gnadenwege erlassen wurden, blieb die Vermögenseinziehung bestehen. Damit waren begehrte Objekte aus Privathand in Volkseigentum übergegangen.<<

UdSSR: Oberstleutnant Konrad Freiherr von Wangenheim (1909-1953, 1936 Olympiasieg mit der deutschen Militarymannschaft) wird im Februar 1953 in einem Lager bei Stalingrad, auf dem Dachboden einer Baracke, erhängt gefunden.

Der deutsche Pfarrer Martin Preuß berichtet später über das tragische Schicksal des großartigen Sportlers und untadeligen Wehrmachtsoffiziers Konrad Freiherr von Wangenheim (x130/-362-363): >>(Februar 1953) ... Eines Tages schickte von Wangenheim einen Kameraden mit der Bitte zu mir, sofort zu ihm zu kommen. Ich eilte zu ihm und erfuhr, daß er sich sofort am Lagertor einzufinden hätte. Nach dem Verlauf der vorangegangenen Verhöre und nach Beurteilung der besonderen Situation von Wangenheims war uns beiden klar, daß es wahrscheinlich ein Abschied für immer sein würde.

Auf dem Weg von der Baracke zum Lagertor ergab sich ein seelsorgerisches Gespräch. Konrad von Wangenheim wies ausdrücklich darauf hin, daß er auch in der leidvollsten Lage niemals Selbstmord verüben würde. Tapfer und gestärkt ging er seine letzten Schritte zum Lagertor. Ich war der letzte, der mit ihm gesprochen hatte. ...

Kameraden berichteten (im Februar 1953), daß sie den erhängten Leichnam unseres Kameraden (von Wangenheim) hätten begraben müssen. Sie fanden ihn in dem Vernehmungsgebäude außerhalb des Lagers. Sein Kopf sei so zerschlagen gewesen, berichteten die Kameraden, daß er im Augenblick des Erhängens entweder schon tot oder noch besinnungslos gewesen sein müsse.

Es war eingetreten, was auch von Wangenheim befürchtet hatte: Man hatte ihn während des Verhörs erschlagen.<<

05.03.1953

UdSSR: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.

Stalins Tochter Swetlana (1926-2011) schildert später die letzten Stunden ihres Vaters (x080/-394): >>In den letzten 12 Stunden war es bereits klar, daß sich der Sauerstoffmangel vergrößerte. Das Antlitz verfärbte sich, die Gesichtszüge entstellten sich bis zur Unkenntlichkeit, die Lippen wurden schwarz.

In den letzten 2 Stunden erstickte er einfach. ... Die Agonie war entsetzlich, sie erwürgte ihn

vor aller Augen.

In einem dieser Augenblicke ... offenbar in der letzten Minute öffnete er plötzlich die Augen und ließ seinen Blick über alle Umstehenden schweifen. Es war ein furchtbarer Blick, halb wahnsinnig, halb zornig, voll Entsetzen vor dem Tode. ...

(Und dann) hob er plötzlich die linke Hand ... und wies mit ihr nach oben, drohte uns allen. Die Geste war unverständlich, aber drohend.<<

07.03.1953

DDR: "Die Neue Zeitung" berichtet am 7. März 1953 über Stalins Tod (x043/523): >>... Wir drucken hier einen Auszug aus der amtlichen Verlautbarung des ZK der KPdSU ab: ...

Liebe Genossen und Freunde, das Zentralkomitee der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet geben mit tiefem Mitgefühl der Partei und allen Arbeitern bekannt, daß am 5. März um 21.50 Uhr (Moskauer Zeit) der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Josef Wissarionowitsch Stalin, nach schwerer Krankheit gestorben ist.

Das Herz des Genossen und ausführenden des Willens Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Volkes, Josef W. Stalin, hat zu schlagen aufgehört. Stalins Name ist unserer Partei, dem sowjetischen Volk, den Arbeitern der Welt für immer eine Ehre.

Der Tod des Genossen Stalin, des Mannes, der sein ganzes Leben dem selbstlosen Dienst an der kommunistischen Idee widmete, ist ein ungeheurer Verlust für die Partei, für die Arbeiter der Sowjetunion und für die ganze Welt.

Die Nachricht vom Tode des Genossen Stalin wird in die Herzen der Arbeiter, Kollektivbauern, Intellektuellen und aller Arbeiter unseres Vaterlandes, in die Herzen der Soldaten unserer ruhmreichen Armee und Marine, in die Herzen von Millionen Arbeitern in allen Ländern der Welt tiefes Leid tragen.

In diesen traurigen Tagen schart sich die Bevölkerung unseres Landes noch enger in der großen brüderlichen Familie unter der erprobten Führung der Kommunistischen Partei, die von Lenin und Stalin geschaffen wurde.

Das sowjetische Volk hat grenzenloses Vertrauen und ist mit großer Liebe erfüllt für die Kommunistische Partei, denn es weiß, daß das Gesetz, das die Tätigkeit der Partei diktiert, der Dienst für das Wohl des Volkes ist.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet appellieren in diesen sorgenvollen Tagen an die Partei und alle Arbeiter des Vaterlandes, sich noch enger um das Zentralkomitee zu scharen.

Der unsterbliche Name Stalins wird für immer in den Herzen des sowjetischen Volkes und der fortschrittlichen Menschheit leben.

Lange lebe die große und alles beherrschende Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Lang lebe unser mächtiges sozialistisches Vaterland.

Lang lebe unser heldenhaftes Sowjetvolk.<<



Abb. 82 (x305/25): Der Leichnam des Diktators Stalin im offenen Sarg – das Volk soll ihm seine Reverenz erweisen.

In der SED-Zeitung "Neues Deutschland" veröffentlicht Johannes R. Becher später folgendes "Stalin-Gedicht" (x043/523):

>>Dem Ewig-Lebenden
Als es geschah
an jenem zweiten März,
Daß leiser, immer ferner
schlug sein Herz,
Da war ein Schweigen
wieder und ein Weinen.
Um Stalins Leben
bangten all die Seinen.

Und als verbraucht
sein letzter Atemzug,
Da hielt die Taube ein
auf ihrem Flug.
Die Völker aber
hatten sich erhoben,
Um an der Bahre
Stalins zu geloben.

Wen so wie dich
die Welt zu Grabe trägt.
Des Herz im Herz
der Völker weiterschlägt.
Begleitet Stalin

vor die rote Mauer!
Erhebt euch
in der Größe eurer Trauer!

Seht! Über Stalins Grab
die Taube kreist,
Denn Stalin: Freiheit –
Stalin: Frieden heißt!
Und aller Ruhm der Welt
wird Stalin heißen!
Laßt uns den Ewig-Lebenden
lobpreisen!<<

Stalins Terrorherrschaft

Stalin war wie Hitler ein Diktator, der buchstäblich über Leichen ging. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, forderte die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113).

Russische Historiker ermittelten in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

Nach dem Tod des sowjetischen Diktators Stalin entließ man nach und nach ca. 10,0-12,0 Millionen Menschen aus den sowjetischen Zwangsarbeitslagern. Im Rahmen der sog. "Entstalinisierung" wurde Stalin später wegen seiner "theoretischen und politischen Fehler" öffentlich kritisiert. Die KPdSU verurteilte außerdem Stalins "grobe Verstöße" gegen den Marxismus-Leninismus und den "Personenkult" als sog. "fremde Erscheinung".

Nikita Chruschtschow (seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) gab z.B. am 25. Februar 1956 während des XX. Parteitages der KPdSU bekannt, daß Stalin von den 139 Zentralkomiteemitgliedern, die 1934 gewählt wurden, 98 Mitglieder (70,5 %) liquidieren ließ (x128/47).

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) erklärt später (x073/64): >>Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich ihm widersetzte, ... wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet.<<

Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über Stalin (x047/262): >>... Im Großen Vaterländischen Krieg war er Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees, Volkskommissar für Verteidigung, Oberster Befehlshaber der Sowjetarmee. Er leitete das Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers, war einer der Organisatoren der Antihitlerkoalition.

Stalin spielte eine hervorragende Rolle beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR, bei der Zerschlagung des Trotzkismus und des rechten Opportunismus und bei der Organisation des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg.

Gleichzeitig beging er theoretische und politische Fehler, ließ grobe Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und Abweichungen von den Leninischen Normen des Parteilebens und des staatlichen Lebens zu. Der Personenkult um J. W. Stalin wurde von der KPdSU als eine dem Marxismus fremde Erscheinung verurteilt. ...<<

Der jugoslawischen Politiker und serbische Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995, jugo-

slawischer KP-Generalsekretär und enger Berater Titos; ab 1954 wegen Kritik an Titos Kommunismus wiederholt im Gefängnis) schreibt später über Stalin (x073/57, x080/410): >>Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte. Mit welchem Maß wir ihn auch messen wollen, ihm wird jedenfalls - hoffen wir, für alle Zeiten - der Ruhm zufallen, der größte Verbrecher der Geschichte zu sein. ...<<

>>... Alles in allem war Stalin ein Ungeheuer, das, während es abstrakten, absoluten und fundamental utopischen Ideen anhing, in der Praxis nur den Erfolg anerkannte und auch nichts anderes anzuerkennen vermochte - Erfolg, Gewalttat, physische und geistige Vernichtung.<< Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhält 1970 den Nobelpreis für Literatur) berichtete später von 40 Millionen Opfern "des ständigen inneren Krieges der Sowjetregierung gegen das eigene Volk" (x046/174).

Der sowjetische Journalist und Schriftsteller Woldemar Weber berichtet im Januar 1992 über die Opfer des Stalinismus (x037/105): >>Heute ist es eine offizielle Zahl, daß ein Drittel der Bevölkerung in der Stalinzeit umgebracht wurde. 60 Millionen Menschen wurden beseitigt. Man sagt, daß zwischen 1918 und 1956 (etwa) 60 Millionen fehlen, die in den Statistiken nicht mehr zu finden sind.

Dazu kommen 28 Millionen wie man heute sagt, die im Krieg umgekommen sind. Das sind zusammen ungefähr 90 Millionen Menschen. Das sind Zahlen, die werden Ihnen heute offiziell gesagt. Wissen Sie, uns setzt nichts mehr in Erstaunen. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über die Folgen des Stalinismus in der Sowjetunion (x080/408-409): >>... Stalin (setzte) seine ganze Existenz ein, um Illusion und Täuschung hervorzubringen. Fehlschläge wurden in Erfolge umgemünzt. Terror wurde als Demokratie hingestellt. Selbstherrschaft wurde Sozialismus genannt. ...

Es war vor allem diese alles beherrschende Verlogenheit, die selbst nach Stalins Tod die Sowjetunion in einem Zustand der Rückständigkeit, des moralischen Verfalls, gefälschter wirtschaftlicher Daten und einer allgemeinen Verschlechterung hielt, bis in den letzten 10 Jahren die Wahrheit nicht länger unterdrückt werden konnte. ...

Der Zustand der heutigen Sowjetunion ist das unmittelbare Ergebnis von Stalins Denken und Handeln. Wie es ein sowjetischer Schriftsteller von Stalin und Stalinisten sagt: "Am Ende trugen sie den Sieg davon: Sie vernichteten sich selbst und das Volk." ...<<

Der französische Historiker Stéphane Courtois (ehemals militanter Maoist, Professor für Politik an der Universität Nanterre bei Paris) schreibt später im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1999) über Stalin und den Terror in der UdSSR: >>... **Stalin und der Gulag-Staat**

Unter seiner fast 30jährigen Herrschaft stieg die Sowjetunion zur Weltmacht auf. Sein eigenes Volk versklavte der Diktator Stalin und ließ es im Namen des Sozialismus grausam bluten: Allein in der Ukraine starben in einem Jahr Millionen Menschen.

Kein Politiker der Welt hat das 20. Jahrhundert mehr geprägt als Josef Stalin. Churchill und Lenin haben nur fünf Jahre lang die Weltpolitik beeinflusst, Hitler und Roosevelt zwölf Jahre lang, de Gaulle, Gandhi oder Mao haben vor allem die Geschicke ihres eigenen Landes bestimmt. Stalin hingegen war von 1924 bis zu seinem Tode 1953 an der Macht.

Er stieg auf zum absoluten Herrscher über die UdSSR, er hat sein Land in den Rang einer Supermacht gehoben und zum Zentrum eines weltumspannenden kommunistischen Systems gemacht.

Er hat sein Regime, das auf der Abschaffung des seiner Produktionsmittel beraubten Privateigentums, auf Staatsplanung, Terror und der Lüge errichtet war, der gesamten kommunistischen Welt aufgezwungen; es ging erst unter mit dem Zusammenbruch im Jahr 1991.

Das Verständnis Stalins - und man muß ihn verstehen - war lange vernebelt: zu seinen Lebzeiten durch den unwahrscheinlichen Kult, der in der ganzen Welt und oft von erlesenen Geistern

um ihn entfesselt worden war; nach seinem Tod vor allem durch Nikita Chruschtschow, der auf dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 in seinem berühmten Geheimbericht der Welt enthüllt hat, was für ein Tyrann und Mörder Stalin gewesen war.

Da es sich dabei um eine politische und ideologische Operation Chruschtschows handelte, die gleichzeitig das Gesicht des Regimes retten und die hartgesottensten Stalinisten im Kampf um die Macht im Kreml schwächen sollte, war die Marschroute klar: Der gute Wladimir Lenin hatte das Regime geschaffen, um der Menschheit das ewige Glück zu bescheren, der böse Stalin hatte die Lehren des guten Lenin verraten.

An diese Fabel zu glauben heißt indes, nichts von einem äußerst komplexen Kapitel der Geschichte zu verstehen. Denn Stalin bleibt ein Rätsel. Wie sollte man sonst verstehen, daß dieser außergewöhnliche Politiker gleichzeitig der größte Verbrecher dieses Jahrhunderts war, der mit Entschlossenheit und nie wankendem persönlichen Engagement über einen langen Zeitraum hinweg Massenmord verübte. Weder Shakespeare noch Dostojewski hätten eine so blutrünstige und perverse Persönlichkeit ersinnen können. Die Realität hat die Vorstellungskraft übertroffen.

Der 1878 (und nicht ein Jahr später, wie meist angegeben) in Gori, Georgien, geborene Josef Dschugaschwili war schon früh ein professioneller Revolutionär, Mitglied der bolschewistischen Strömung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Als solcher lernte er Verhaftungen, die Gefängnisse des Zaren und das innere Exil kennen. Er kämpfte im Untergrund, organisierte Arbeiteraufmärsche, die brutal unterdrückt wurden, und auch Überfälle auf Banken und Geldtransporte, um mit der Beute die Parteikasse zu füllen. Von Lenin angeworben, war er von 1912 an dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei "kooptiert", das damals nur acht Mitglieder zählte.

Um die romantische Phase seines revolutionären Kampfes zum Abschluß zu bringen, legte Dschugaschwili sein Pseudonym "Koba", ein Held aus dem georgischen Epos "Vatermörder", ab und nannte sich Stalin, der "Stählerne" - Indiz für seine Entschlossenheit, seine politischen Überzeugungen bis zur letzten Konsequenz in Taten umzusetzen.

Im März 1917 - Lenin war noch nicht nach Rußland zurückgekehrt, und Leo Trotzki trat der Partei erst im Juli bei - war Stalin bereits ein führender Bolschewik in Petrograd, dem Zentrum der Revolution. 1919 war er der einzige, der gleichzeitig dem Politbüro und dem Organisationsbüro des Zentralkomitees, den beiden höchsten Parteigremien, sowie dem Rat der Volkskommissare angehörte. Am 3. April 1922 wurde Stalin Generalsekretär des Sekretariats des Zentralkomitees.

Lenin täuschte sich nicht, als er in seinem "Testament", das er Ende 1922/Anfang 1923 verfaßt hatte, Stalin neben Trotzki als den "herausragenden Führer" der Partei bezeichnete. Und so ist Stalin beim Tod des Parteigründers am 21. Januar 1924 alles andere als ein undurchschaubarer Apparatschik. In über sechs Jahren Revolution und Bürgerkrieg, beim täglichen Kontakt mit Lenin im Kreml - ihre Büros lagen nebeneinander - hatte er hinreichend Zeit, sich mit dem Denken und den Praktiken des Meisters vertraut zu machen.

Im Kampf um dessen Nachfolge scheint Stalin über keine Trümpfe zu verfügen. Er ist 1,62 Meter klein, sein linker Arm verkrüppelt, das Gesicht wie durch einen Schrotschuß von kleinen Pockennarben übersät. Er spricht Russisch mit starkem georgischen Akzent, Schreibstil und rednerisches Talent sind miserabel, seine Fähigkeiten als Theoretiker dürftig. Kümmerlich auch die Bildung - abgebrochenes Studium am Priesterseminar. Und außerhalb Rußlands war Stalin selten gewesen.

Aber er kann sich auf andere Gaben stützen: ungewöhnliche Kaltblütigkeit und Willenskraft, Selbstkontrolle in schwierigsten Situationen, unerschütterliche Festigkeit seiner Entschlüsse sowie eine furchterregende Energie bei der Umsetzung dieser Entschlüsse in die Tat.

Hinzu kommen ein bemerkenswertes Gedächtnis, praktischer Verstand und organisatorisches Talent.

Stalin lebt recht einfach, klebt nicht am Luxus und verfügt, obwohl er viel raucht, über eine eiserne Gesundheit. Üble menschliche Eigenschaften erweisen sich im kommunistischen System als von höchstem Nutzen - Verschlagenheit und List, Begabung für die Intrige, ein immenses Mißtrauen gegen jedermann, Verbohrtheit und die Geduld, auf den richtigen Moment für Rache zu warten. Skrupel und Sensibilität im Umgang mit Menschen sind Stalin unbekannt; er ist grobschlächtig und brutal, unnachsichtig mit seinen Feinden.

Einzelgänger und einsilbig, hegt er Verachtung für Menschen und Menschenleben, seine eigene Familie inbegriffen. Beim Tod Lenins taucht Stalin "lautlos und ohne Eklat aus einer obskuren Vergangenheit und einer banalen Gegenwart auf", so beschrieb es der französische Kommunist Boris Souvarine: Stalin begreift, daß sich ihm die einzigartige Chance zur Ergreifung der Macht bietet, und er geht methodisch daran, sie zu erobern.

Bei Lenins Begräbnis hält er die berühmte Rede:

Genossen!

Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören.

Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Einheit unserer Partei wie unseren Augapfel zu hüten. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!

Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um auch dieses dein Gebot in Ehren zu erfüllen!

Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Union der Republiken zu festigen und zu erweitern. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!

Ein einziger Stil, ein einziges Programm.

Stalins Feinde der ersten Stunde formieren sich in drei Strömungen: zunächst um Leo Trotzki, dann um Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, schließlich um Nikolai Bucharin, Michail Tomski und Alexej Rykow. Mit taktischem Geschick wird Stalin sich abwechselnd mit den einen verbünden, um die anderen auszuschalten.

Als ersten nimmt er Trotzki aufs Korn. Schon im März 1918, während der Auseinandersetzung um den Frieden von Brest-Litowsk, hat Stalin sich durch seinen brutalen Realismus hervorgetan. Mit "Anpassung an das Schlagwort vom revolutionären Krieg", so stellt er fest, "spielen wir das Spiel des Imperialismus. Die Position des Genossen Trotzki ist keine Position. Es gibt im Westen keine revolutionäre Bewegung, es gibt keine Tatsachen, es gibt lediglich ein Potential, und auf ein Potential können wir nicht zählen."

Im August 1923, als die Komintern einen Aufstand in Deutschland vorbereitet, rechnet Stalin die Erfolgchancen durch und kommt zu dem Schluß, daß ein Scheitern unvermeidlich sei. Schon früh hat er die Strategie der Bolschewisten angezweifelt, wonach die Revolution in Europa die sowjetische Revolution retten würde.

Stalin ist weder Träumer noch Schwärmer, sondern ein fanatischer Realist, der die Kräfteverhältnisse genau abwägt und sich erst festlegt, wenn er sich seiner Sache sicher ist. Das Scheitern der deutschen Kommunisten im Oktober 1923, danach der chinesischen Genossen 1927 überzeugen ihn endgültig, daß es nur einen Weg zur Weltrevolution gibt: die Stärkung der Sowjetunion mit allen Mitteln.

Trotzkis Theorie von der "permanenten Revolution" und Lenins pragmatischem Kleinkapitalismus zur wirtschaftlichen Erholung stellt er seine Idee vom "Aufbau des Sozialismus in ei-

nem Land" entgegen. Diese Option dient ihm als Vorwand für seine Politik der beschleunigten Industrialisierung und der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft, der Errichtung einer modernen Armee und Kontrolle aller Gesellschaftsschichten. Das Monopol der Parteibürokratie auf Macht und Privilegien war gesichert.

Um Trotzki zur Strecke zu bringen, präsentiert sich Stalin als der Wahrer der ideologischen Reinheit, der sich auf leninistische Legitimität beruft; hatte doch der Meister 1921 Fraktionsbildungen verboten und Debatten nur parteiintern zugelassen.

Stalin intensiviert weiter den Mythos von der Einheit der Partei und stellt sich selbst als deren bescheidener Sprecher dar. Meisterhaft manipuliert er die Parteimaschinerie - zuerst wird Trotzki isoliert, nacheinander aus der Regierung, dem Politbüro und schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Durch gezielte Neuberufungen neutralisiert Stalin die Trotzkiisten und formt aus seinen Anhängern um Molotow, Ordschonikidse, Kaganowitsch, Kirow und Woroschilow einen wahren Clan.

Kaum ist Trotzki abgelöst, wendet sich Stalin gegen seine Verbündeten von gestern, Sinowjew und Kamenew. Nach dem 14. Parteitag im Dezember 1925 - die Delegierten hat Stalin sorgfältig ausgesucht - werden beide Mitglieder der alten bolschewistischen Garde aus dem Politbüro ausgeschlossen und in Leningrad durch den Getreuen Sergej Kirow ersetzt.

Die UdSSR verharrt nun in einer Phase des Abwartens. Ihre Führer sind uneins zwischen der Absicht, die Bauernschaft mit der Ankurbelung des Handels neue Kräfte sammeln zu lassen, und dem Willen, weiter in Richtung Sozialismus zu marschieren. 1929 entscheidet Stalin mit dem ersten Fünfjahresplan brutal zugunsten eines industriellen Aufbruchs.

Wirtschaft und Gesellschaft werden total einem einzigen Ziel unterworfen: Schaffung einer politisch und ideologisch monolithischen Macht. Aber Stalin stößt auf Widerstand bei seinen "rechten" Verbündeten, Bucharin und Tomski. Seit 1925 will Bucharin die Bauern zu mehr Wohlstand führen, um die Industrie über mehr Konsum und höhere Steuereinnahmen in Schwung zu bringen. Tomski, Gewerkschaftsboß im "Vaterland der Arbeiter", hingegen macht sich Forderungen der proletarischen Basis zu eigen.

Da schlägt Stalin zu: Er schließt beide aus dem Politbüro aus, Bucharin im November 1929, Tomski im Juli 1930. Nebenbei weist er im Januar 1929 Trotzki aus der Sowjetunion aus. Stalin weiß jedoch, daß seine Politik auf weitaus härteren Widerstand treffen wird. Und deswegen muß er seine Macht noch weiter festigen.

In einem persönlichen Brief an Molotow vom 22. September 1930 schlägt er vor, Rykow, Lenins Nachfolger an der Spitze des Rates der Volkskommissare, also der eigentlichen Regierung, abzusetzen: "Das ist unerlässlich. Sonst gibt es einen Bruch zwischen der Führung des Sowjetstaates und der Partei. Bei dieser Kombination aber werden wir eine vollkommene Einheit von Staats- und Parteispitze haben, was zweifellos unsere Kräfte verdoppeln wird."

Die perfekte Einheit, das ist der Traum jeder totalitären Macht, die den Staat als Mittler zwischen dem Volk und der ideologischen Macht ausschalten will - in diesem Fall zwischen der Proletarierklasse und der Partei mit ihrem Generalsekretär.

Am 19. Dezember 1930 wird Rykow von der Regierungsspitze entfernt, dort ersetzt ihn Molotow, der die Fusion zwischen Partei- und Staatsapparat vorantreibt. Der kommunistische Totalitarismus, für den Lenin die Fundamente gelegt hatte, wird zur Realität - er heißt Stalinismus. Gleichzeitig beginnt Stalin mit den großen Säuberungen.

Von Ende 1929 bis 1931 werden mehr als 250.000 Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen. Stalins persönliches Machtinstrument, die politische Geheimpolizei OGPU, beginnt ihr Terrorwerk mit sich häufenden Drohungen und Einschüchterungen gegen selbst die geringste Kritik am Generalsekretär. Die politischen Gegner sind geschwächt, und Stalin kann, am 7. November 1929, in der "Prawda" das "Jahr der großen Wende" ankündigen - die allgemeine Kollektivierung.

Die drängt sich aus zwei Erkenntnissen auf. Zum einen erscheinen die Bauern wieder stark auf dem Markt. Wie zu Zeiten des Bürgerkriegs, der weitgehend ein Kampf zwischen Bauern und der bolschewistischen Macht war, drohen sie sich jeder weiteren Verstaatlichung von Land zu widersetzen. Nachdem Adel, Bourgeoisie und Unternehmer bereits von 1918 bis 1922 liquidiert worden sind, ist die Bauernschaft das einzige Hindernis für die Durchsetzung der kommunistischen Doktrin.

Zum anderen impliziert eine beschleunigte Industrialisierung aus marxistischer Sicht eine "Akkumulation" des Kapitals, die nur durch eine Ausbeutung der Arbeiter zustande kommen kann, und vor allem durch die Beschlagnahme allen bäuerlichen Reichtums.

Nach Marx ist die Bauernschaft ein direkt vom Mittelalter in die Neuzeit verpflanztes Hindernis für die Modernisierung und somit für die Verwirklichung des Sozialismus.

Nach kommunistischer Auslegung müssen die Bauern deshalb in Arbeiter umgewandelt werden, als Lohnempfänger in Kolchosen einziehen. Sie müssen den Gesetzen der Industrie unterworfen und von zentralen Ausleihstationen von Landmaschinen abhängig gemacht werden, die ihrerseits direkt der Parteikontrolle unterworfen sind. Vor allem muß diese bäuerliche Macht schon wegen ihrer politischen Unkontrollierbarkeit erbarmungslos und für immer zerschlagen werden.

Stalin mochte auch geglaubt haben, daß er einen wesentlichen Punkt aus Marx' und Engels' Kommunistischem Manifest umsetzen würde, daß nämlich Landenteignung und die "Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan" die Organisation industrieller Armeen, insbesondere "die Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie", den "Gegensatz von Stadt und Land allmählich" beseitigen würden.

Der Fünfjahresplan mit der Kollektivierung bedeutete in der Tat die Umsetzung einer Doktrin, die Lenin schon 1921 beschrieben hatte:

Wenn in Deutschland die Revolution nicht vorankommt, ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertragung der westlichen Kultur auf das barbarische Rußland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuscheuen.

Lenin hatte lediglich übersehen, daß es in Rußland weder Kapitalismus - den hatten die Bolschewisten von 1918 an zerschlagen - noch einen Staat im Sinne einer Institution gab, die Konflikte zwischen den Gesellschaftsgruppen regelt. Es fehlte auch die für eine Modernisierung unerläßliche oberste Schicht von Intellektuellen.

Denn auch die Intelligenzija war von Lenin verjagt worden. Der Zusammenstoß kam frontal und brachial. Die kommunistische Macht erklärte den Bauern regelrecht den Krieg, und Stalin formulierte sein berüchtigtes Schlagwort von der "Liquidierung des Kulakentums als Klasse". Trotz mehr als 1.200 Bauernaufständen allein 1929 und etwa 14.000 Revolten und Massenkundgebungen im Jahr darauf wurde der Bauernstand zermalmt. 1930/31 deportierten die Bolschewisten rund 1,8 Millionen Bauern nebst Familien, eine Million floh aus den Dörfern, zwei Millionen suchten Zuflucht in anderen Regionen.

Als Folge entstand ein gewaltiges Chaos in der Agrarproduktion. Die meisten der stalinistischen Führer waren ohne jede fachliche Kompetenz. Stalin selbst hatte sein politisches Leben innerhalb der Partei verbracht. Seine Visionen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur waren die eines professionellen Revolutionärs - eines Machtmenschen, der bevorzugt in der Realität einer Partei lebte, einer kleinen Sekte von Verschwörern.

Alles, was zum Erfolg hätte führen können, wurde ins Maßlose übersteigert. Der extreme politische Voluntarismus, das Vorwärtsstürmen führten zum Terror gegen die Massen, zur totalen Kontrolle über die Gesellschaft und der Mißachtung all dessen, was der Verwirklichung der Ziele hinderlich sein konnte: wissenschaftliche Gesetze, ökonomische Mechanismen, de-

mokratische Prinzipien und vor allem die Achtung vor dem menschlichen Leben.

Die ökonomische Inkompetenz, welche die kommunistischen Führer durch gefälschte Statistiken zu verbergen suchten, ließ den Lebensstandard rasch abstürzen. Zwischen 1928 und 1934 sank das Einkommen der Arbeiter um die Hälfte, das der Bauern noch mehr. Für die Werktätigen wurde zur Kontrolle das Arbeitsbuch wiedereingeführt, die Bauern durften die Kolchosen nicht mehr verlassen. Seit dem 7. August 1932 wurde per Dekret für den geringsten Diebstahl die Todesstrafe verhängt.

Über alldem wachte eine totale Polizeimacht. Begleitet wurde die "große Wende" von der Ausweitung eines Systems von Zwangs- und Arbeitslagern. Die Geheimpolizei baute den Gulag auf, der durch Alexander Solschenizyn zu makabrem Ruhm gelangen sollte und in dem durch Beschluß des Politbüros vom 27. Juni 1929 "sozial gefährliche Elemente" isoliert wurden. Der Stalinsche Terror stieß bei Verantwortlichen auf Kritik - also verschärfte der Diktator die "Säuberungen". Schon 1933 wurden 450.000 Kommunisten aus der damals 3,5 Millionen Mitglieder und Anwärter zählenden Partei ausgeschlossen.

Die Offensive gegen Arbeiter und Bauern wurde begleitet von einer Propagandakampagne, wie sie die Welt noch nicht erlebt hatte. Zunächst verkündete man mit gewaltigem Getöse ökonomische Triumphe - sie waren erfunden. Dann aufgebauschte Berichte über die Entdeckung von Saboteuren - damit wurden nicht zu vertuschende regionale Pannen erklärt.

Gleichzeitig lieferten sie den Vorwand, den immer hysterischeren Kampf gegen den "Klassenfeind" auf die Spitze zu treiben. Um die Mär von der Sabotage glaubhaft zu machen, ließ Stalin durch die Geheimpolizei erste Schauprozesse mit unter Folter erpreßten Geständnissen inszenieren. Diese Prozesse terrorisierten die technische Elite, deren Aufgabe es gewesen wäre, sich den Verrücktheiten der Industrialisierung entgegenzustellen.

Wer es trotzdem aus professioneller Kenntnis tat, wurde der Sabotage oder des Terrorismus beschuldigt. Bucharin hat in einem Brief an Stalin vom 14. Oktober 1930 dieses grausame Katz- und Maus-Spiel gebrandmarkt als "niedrige, finstere und diabolische Provokation, an die Du nicht nur glaubst, sondern die Du zum Fundament Deiner Politik gemacht hast ... Mein Gott! In welcher infernalischen Welt leben wir heute! ... Wahrscheinlich, weil ich niemandem den Arsch lecke, bin ich zum "Terroristen" erklärt worden."

Noch hat das Politbüro die Todesstrafe für Parteimitglieder nicht abgesegnet.

Dann lief die Mobilisierung gegen das Ausland. Vorwand: "Imperialistische Mächte" bereiten den Angriff auf die UdSSR vor - ebenfalls ein reines Hirngespinnst. Denunziation wird zu einer der hervorragendsten Eigenschaften des jungen Kommunisten. Pawlik Morosow, ganze 13 Jahre alt, hat seinen Vater als Kulaken denunziert, wird von seinem Großvater und Cousin erschlagen und dafür zum Nationalhelden erhoben, Vorbild für eine fanatisierte und indoktrinierte Jugend, auf die Stalin sich stützen wird.

Stalins im Dezember 1929 gefeierter 50. Geburtstag ist der Anlaß, den Kult um den "woschd", den "Führer", den höchsten Retter und unfehlbaren "großen Steuermann", ins Delirium zu treiben. Mit dem Personenkult geht eine gigantische Propagandakampagne über die demokratischen und humanen Erfolge des stalinistischen Regimes einher.

1935 wird der Mythos vom Bergarbeiter Alexej Stachanow, dem Superarbeiter und sozialistischen "neuen Menschen", kreiert, der angeblich in einer einzigen Schicht 14mal soviel förderte, wie es die Norm vorschrieb. 1936 folgt der Mythos von der "demokratischsten Verfassung der Welt".

Ungezügelter Gewalt und schamloses Lügen werden zu Stützen des Regimes. Sie bleiben es bis zum Ende der Sowjetunion 1991 - auch wenn nach dem Tod des Diktators die Intensität nachließ, mit der sie betrieben wurden.

Stalin hat nichts erfunden. Er hat die von Lenin eingeführten Methoden systematisiert und intensiviert. Die UdSSR lebt in einem raffiniert kultivierten Klima des Hasses gegen den inne-

ren und äußeren Feind. Der Begriff des "Feindes", schon unter Lenin zentrales Schlagwort, wird bis zur Hysterie ausgereizt.

Die "Liquidation der Kulaken als Klasse" ist nicht mehr eine Allegorie, sondern schauerliche Wirklichkeit. In seinem berühmten Buch "Die Ernte des Todes" beschreibt der britische Historiker Robert Conquest den Leidensweg der ukrainischen Bauern, die im Winter 1932/33 durch die Beschlagnahme der Nahrung in jedem Bauernhaushalt einer schrecklichen Hungersnot ausgeliefert wurden.

In einem Jahr starben fast acht Millionen Menschen, darunter drei Millionen Kinder. Stalin beging nicht nur ein ungeheures Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch einen "Klassengenozid", denn er wollte gleichzeitig die ukrainische Nation wie auch ihr soziales ländliches Fundament zerstören. Der 17. Parteitag, der "Parteitag der Sieger" im Jahre 1934, bringt dem Land, das seit 1929 unter heftigem politischem Druck lebt, eine kurze Pause. Man reintegriert Oppositionelle, beschränkt offiziell die Macht der Geheimpolizei.

Über 115.000 "unkorrekte" Verurteilungen werden überprüft. Im Dezember 1935 erklärt Stalin großmütig, daß "der Sohn nicht für die Handlungen des Vaters verantwortlich" sei. Damit ermöglicht er Millionen Kindern von Deportierten und anderen "Volksfeinden", denen alle Zivilrechte und das Recht auf freien Schulbesuch genommen worden waren, sich wieder in die Gemeinschaft zu integrieren.

Schon 1933 werden dem ausgebluteten Bauernstand Konzessionen gemacht, vor allem das Recht, bis zu zwei Morgen Land für sich selbst zu bebauen. Auf dem werden von 1937 an immerhin 52 Prozent der gesamten Kartoffel- und Gemüseernte der UdSSR erwirtschaftet, 56 Prozent des Obstes, 71 Prozent der Milch und 71 Prozent des Fleisches. Stalin will den Widerstand der sozialen Schichten neutralisieren, die er jahrelang grausam terrorisiert hat.

Gleichzeitig verstärkt er seine Macht mit Hilfe des geheimen "Sondersektors", einer Art technischen Sekretariats des Politbüros, das bis 1952 von einem seiner unterwürfigsten Anhänger, Alexander Poskrjobjuschew, geleitet wird. Stalin herrscht mit Molotow und Kaganowitsch, das Politbüro führt nur ihre Entscheidungen aus.

Die politische Ruhepause findet am 1. Dezember 1934 mit der Ermordung Kirows, Parteichef von Leningrad, ein jähes Ende. Man hat lange Zeit geglaubt, daß Stalin den Mord veranlaßt habe. Doch neuere Archivmaterialien scheinen auf die Handlung eines Verrückten hinzuweisen. Wie es auch gewesen sein mag, Stalin begreift sofort, daß er aus dem Verbrechen Vorteile für sich schlagen kann. Er suchte sowieso einen Vorwand, seine Gegner des "Terrorismus" anzuklagen.

Noch am Tag des Mordes erläßt er ein Dekret, das bei einer Anklage wegen "Terrorismus" jedes Recht auf Verteidigung aufhebt und als einzige Strafe den Tod vorsieht. Der russische Historiker Oleg Chlewnjuk schreibt: "Dieses Gesetz bedeutete den endgültigen Bruch mit den Regeln der Rechtsverfahren und der Kontrolle der Todesurteile, die zuvor eingeführt worden waren. Die Richtlinien vom 1. Dezember waren das ideale Instrument, um den Massenterror zu organisieren." Es folgten Tausende von Hinrichtungen ohne Verurteilung.

Der Mord an Kirow eröffnet ein neues Kapitel der Massenverbrechen, gipfelnd in der "Großen Tschistka" (Säuberung) von 1936/38. Innerhalb der Partei hat es Stalin auf seine alten Gegner abgesehen. Der Druck wird so unerträglich, daß sich die Selbstmorde häufen: Der georgische Kampfgefährte Wissarion Lominadse nimmt sich im Januar 1935 das Leben, Michail Tomski im August 1936, Sergo Ordschonikidse im Februar 1937.

Viele sind durch die ideologische Bearbeitung, die bereits Millionen von Unschuldigen das Leben gekostet hat, so betäubt, daß sie ihr Martyrium hinnehmen. In seinem Abschiedsbrief schreibt Lominadse: "Trotz meiner Fehler habe ich mein Leben bewußt dem Kommunismus geweiht, der Sache der Partei ... Ich sterbe im Glauben an den Sieg ihrer Sache."

Im April 1935 entscheidet das Politbüro, daß die Todesstrafe ab dem 12. Lebensjahr verhängt

werden darf. Im August 1936 findet der erste der großen "Moskauer Prozesse" statt, makabre Inszenierungen, bei denen die Angeklagten - an der Spitze Sinowjew und Kamenew - öffentlich ihre unter Folter erzwungenen Geständnisse wiederholen. 16 Angeklagte werden zum Tode verurteilt und erschossen.

Im Januar 1937 läuft der zweite große Prozeß ab: 13 Angeklagte werden hingerichtet. Beim dritten Prozeß im März 1938 werden 18 von 21 Angeklagten erschossen, darunter Bucharin und Rykow.

Von Juni 1937 an erfaßt die Säuberung auch die Armee: Die Führungskräfte werden stark reduziert, etwa 35.000 Offiziere umgebracht, ein Fünftel des Bestandes. Unter ihnen befand sich auch Marschall Michail Tuchatschewski: maßgeblich am Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg beteiligt und hoch angesehen in Partei und Öffentlichkeit. Zwischen 1937 und 1938 haben Stalin und seine Politbürogenossen mindestens 383 Listen von "Volksfeinden" abgezeichnet, die zur Erschießung bestimmt sind - mehr als 44.000 Namen, darunter am 12. Dezember 1937 eine Liste von 3.167 Todeskandidaten. Über 39.000 wurden getötet.

Der ehemalige sowjetische Dissident Wladimir Bukowski hat in den Archiven ein von Stalin unterzeichnetes Manuskript entdeckt, eine Anordnung, nur wenige Zeilen lang, auf Schreibpapier ohne Briefkopf: Für 6.600 Menschen bedeutet sie den Tod.

Die Hinrichtungsmaschine bedient Genrich Jagoda, Chef der Geheimpolizei NKWD, nach dessen Ablösung im September 1936 Nikolai Jeschow, daher stammt der Ausdruck "Jeschowschtschina" für diese Periode.

Im Juli 1937 erfaßt die Manie, alles zu organisieren, auch den Terror. Das Politbüro befiehlt dem NKWD, einen Plan zur Eliminierung für alle "antisowjetischen Elemente" vorzulegen. Jede Republik muß nun Erschießungsquoten erfüllen.

Dieser Plan bezieht Parteiapparat, Staat und Armee ein, ferner alle nationalen Minderheiten, vor allem jene in den Grenzgebieten: Polen, Letten, Esten, Finnen, Griechen, Bulgaren, Mazedonier, Rumänen, Iraner, Chinesen, Koreaner und Deutsche. Rund 1.000 deutsche Antifaschisten, die vor den Nazis nach Moskau geflohen waren, werden Hitler von Herbst 1937 an "überstellt". Auf das Konto der "Großen Tschistka" gehen in 14 Monaten - so dokumentieren es sowjetische Geheimdienstakten - fast 682.000 Menschenleben. Tatsächlich waren es wohl mindestens eine Million.

Am 20. August 1940 wird Trotzki in Mexiko von einem NKWD-Agenten so schwer verletzt, daß er am nächsten Tag stirbt. Stalin hat sein Ziel erreicht: Von den sechs Mitgliedern, die das Politbüro nach dem Tod Lenins zählte, ist er allein übrig.

Stalin-Deuter haben diesen Drang zum Morden mit panischer Angst vor jedem Widerstand erklärt, die in einer Paranoia gegipfelt habe. Mir scheint jedoch, daß Stalin niemals Angst hatte. Sein Arm, sein Kopf und seinen Nerven haben niemals gezittert. Im Gegenteil. Bei ihm spürt man einen unbändigen Trieb zu vernichten.

Im Gegensatz zu Hitler jedoch greift der Bolschewistenchef persönlich ein und läßt sich über jedes Detail informieren. Stalin war darin weder ein Amateur noch ein Dilettant. Er legte großen Wert darauf, die kleinsten Einzelheiten wichtiger Angelegenheiten selbst zu überprüfen, angefangen mit dem Terror, der unter seinem direkten Befehl ausgeübt wurde.

Er erfand ein System der "chirurgischen Eingriffe", das genau definierten politischen Zielen entsprach - gleich, ob es sich dabei um ein nicht folgsames Mitglied des Politbüros oder um ein ganzes Volk handelte. Ihm und seiner politischen Polizei gelang es, die Gesellschaft zu teilen. Jede Gruppe - von den Philatelisten bis zu den Esperantoanhängern -, die nicht in sein Denkschema paßte oder sich seiner Kontrolle entziehen wollte, wurde als "Feind" gewertet und vernichtet. Das ist Totalitarismus pur.

Als die Arbeit beendet ist, entledigt Stalin sich auch Jeschows und ersetzt ihn durch Berija. Zur gleichen Zeit sorgt er in der Führung für die Beförderung junger Politiker wie Malenkow,

Schdanow, Chruschtschow und schwächt die "alten", die noch am Leben sind, wie Kaganowitsch, Molotow und Mikojan.

1938 wird sein Triumph in der "Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang" gewissermaßen abgeseget. Sie wird zur "Bibel" der Kommunisten in der ganzen Welt. Das Buch schreibt die Geschichte der bolschewistischen Partei völlig neu. Deren Held ist Stalin - diesmal weniger aus egozentrischer Megalomanie als aus der Notwendigkeit heraus, die Gefolgschaft durch einen mit Fälschungen versehenen Katechismus zusammenzuhalten und um sie für künftige Kämpfe zu fanatisieren.

Durch Massenterror und abenteuerliche Lügen gelingt es Stalin, das Bild eines monolithischen und stabilen Regimes aufrechtzuerhalten. Am 6. Mai 1941 läßt sich der Generalsekretär der Partei zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, also zum Regierungschef, ernennen. Stalin hat seine Position so gefestigt, daß er sich 1939 an eine Partie Lügenpoker mit Hitler und den westlichen Demokratien wagt. Durch das geheime Zusatzabkommen zum überraschend abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 trägt er wie Hitler die Schuld am Zweiten Weltkrieg. Sein Spiel war hinterhältig und zynisch, gleichzeitig aber realistisch und pragmatisch.

Der politische Erfolg aber ist beispiellos: Ohne Gewehrschuß verleibt Stalin der Sowjetunion zwischen September 1939 und August 1940 die Hälfte Polens sowie Estland, Litauen, Lettland, Bessarabien und die Nordbukowina ein. Er sowjetisiert diese Länder durch Massenterror. Der Mord an über 21.000 polnischen Offizieren und Intellektuellen in Katyn und anderswo vom März bis Mai 1940 ist eine der bedeutendsten Episoden. Stalin verfolgt seine "Klassenpolitik": systematische Zerstörung aller potentiellen Gegner.

Das sowjetische Spiel wird durch einen unvorhersehbaren Unfall gestört: die Niederlage Frankreichs gegen Hitler-Deutschland 1940 in nur sechs Wochen. Die Hoffnung auf einen langen Krieg nach dem Modell von 1914 bis 1918, in dem sich die "imperialistischen Mächte" erschöpften, während Sowjet-Rußland immer stärker würde, ist mit einem Schlag dahin.

Stalin mußte nun Zeit gewinnen. Doch er, der Listige, läßt sich von Hitler einlullen. Er war von Erfolg zu Erfolg geeilt, dadurch in Euphorie geraten und selbst blind geworden. Er ist davon überzeugt, daß Deutschland die Sowjetunion 1941 nicht angreifen werde. Erst am 22. Juni fällt die Wehrmacht über den Osten her. Diese Verspätung, die zweifelsohne die Einnahme Moskaus verhindert hat, trägt entscheidend zur Niederlage Hitlers bei.

Man hat viel über Stalins "geistige Abwesenheit" nach dem 22. Juni spekuliert. Wie in seinem Terminkalender vermerkt ist, arbeitete er rund um die Uhr. Er schickte Molotow vor, die Öffentlichkeit über den Beginn des Krieges zu informieren. Doch am 3. Juli ist Stalin wieder voll da: Aber nur wenige hören ihn, als er um sechs Uhr morgens im Rundfunk zum ersten- und letztenmal seine Untertanen mit "Brüder und Schwestern" anredet und die Taktik der verbrannten Erde ankündigt.

Vom ersten Tag an erlitt die UdSSR gewaltige militärische Niederlagen. Stalin hatte seine Armee nicht auf Defensive eingestellt, und die Säuberungen hatten Tausende fähige Offiziere gekostet. Eine große Armee kann aber nicht von zweitklassigen Offizieren kommandiert werden.

Um der neuen Situation zu begegnen, wendet sich Stalin Engländern und Amerikanern zu. Ende Juli 1941 empfängt er den persönlichen Beauftragten des US-Präsidenten Roosevelt, Harry Hopkins. Stalin überzeugt ihn durch seine Offenheit. So macht er kein Hehl aus seiner militärischen Katastrophe - und aus seiner eisernen Entschlossenheit, den Kampf durchzustehen.

Er beeindruckt durch Pragmatismus: Seinem Gast legt er lange Listen mit Forderungen nach Kriegsmaterial vor. In den entscheidenden Phasen zwischen 1942 und 1943 spielten diese Lieferungen eine wichtige Rolle. Die Alliierten schickten der UdSSR für über elf Milliarden Dol-

lar fast 22.000 Flugzeuge, Tausende von Panzern, Lastwagen, Jeeps, Lokomotiven, Kraftstoff, Motoren, Panzerplatten und anderes kriegswichtiges Material.

Die Wende durch den russischen Gegenangriff macht Stalin zum Helden der westlichen Alliierten, vor allem nach den sowjetischen Siegen von Stalingrad und Kursk. Blindheit und Leichtgläubigkeit der Westmächte grenzen an Schwachsinn und ermutigen Stalin zu abenteuerlichen Propaganda-Lügen.

Der Krieg hat den Sowjet-Völkern unermeßliche Opfer abverlangt - sie hätten eine Ruhepause gebraucht. Stalin denkt nicht daran. Selbst während der heftigsten Kämpfe geht der Terror weiter. Der Diktator läßt 1943/44 Krim-Tataren, Inguschen und Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaier und Meßcheten nach Sibirien und Asien deportieren. Nach dem Krieg werden Hunderttausende aus Deutschland repatriierte sowjetische Kriegsgefangene zum Tod wegen Fahnenflucht verurteilt oder in den Gulag verfrachtet.

Von 1946 an eröffnet Stalin gegen den Westen den ideologischen Krieg, mit dessen Führung er seinen Genossen Andrej Schdanow beauftragt. 1947 zwingt er die osteuropäischen Länder, den Marshall-Plan abzulehnen. Im September beginnt er mit der Schaffung der Kominform - sie umfaßt die kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der Länder Osteuropas, Frankreichs und Italiens - den Kalten Krieg und zieht diese Parteien in den ideologischen Konflikt mit dem Westen hinein.

Wie Lenin glaubt Stalin an eine in zwei Lager geteilte Welt, in der ein Endkampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus (oder "Imperialismus") unausweichlich sein wird. Er hält den Endsieg und damit die Herrschaft des Kommunismus über die Welt für sicher.

Stalins Sieg im Zweiten Weltkrieg prägt die Nachkriegszeit. Sein politischer Weitblick ist nicht zu bestreiten. Bereits in den dreißiger Jahren hatte er die absolute Stalinisierung der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion begonnen. So verfügte er zwischen 1944 und 1945 über zuverlässige autochthone Gruppen in allen durch die Rote Armee "befreiten" - also besetzten - osteuropäischen Ländern.

Nur Jugoslawien entzieht sich 1948 seiner Kontrolle: Tito, ein schrecklicher Stalinist, übernimmt die Methoden seines alten Meisters, säubert seine eigene Partei von Sowjetanhängern und rettet dadurch gleichzeitig seine Macht und sein Leben.

Nun wendet Stalin den Terror gegen die kommunistischen Parteien seines Herrschaftsgebiets, den Vorwand bietet ein neues Feindbild: der Titoismus. In Osteuropa finden "Moskauer Prozesse" statt, die der Staatssicherheitsgeneral Fjodor Bjelkin und zum Teil Stalin selbst inszenieren.

Gleichzeitig läßt Stalin außerhalb Osteuropas Dutzende kommunistischer Parteien kontrollieren. Die wurden durch ihre Zugehörigkeit zum sowjetischen Zentralapparat nicht nur moralisch und politisch zu Komplizen der stalinistischen Verbrechen, sie sind Embryos totalitärer Systeme in bisher demokratischen Staatsgebilden.

Am 21. Dezember 1949 feiern Kommunisten in der ganzen Welt Stalins 70. Geburtstag in einem wahren Delirium. Nach 32 Jahren ununterbrochenen Kämpfen kann der Diktator zufrieden sein. Das kommunistische System ist fest etabliert und erhält die Unterstützung des Riesenreichs China unter Mao Tse-tung. Stalin bereitet sich ruhig auf den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus vor, vielleicht durch einen dritten Weltkrieg, dessen Ausgangspunkt Korea hätte sein können. Hatte Lenin nicht vorausgesagt, daß aus Krieg die Revolution hervorgehen würde?

Stalin war - auf seine Art - der linientreueste und begabteste Mann einer sekten-ähnlichen Partei, die beanspruchte, traditionelle Eliten zu ersetzen und die Gesellschaft durch ein bis dahin nie gesehenes wirtschaftliches, soziales und politisches Gewaltregime zu verändern: die Diktatur des Proletariats. Dieses System fiel vor zehn Jahren in sich zusammen, und die Bilanz ist tragisch und katastrophal.

Daß es in sich selbst, ohne Gewalt von außen, einstürzte, beweist seine Inkompetenz sowie die Selbstgefälligkeit seiner geistigen Väter und deren Erben. Das kommunistische System hat dennoch Narben bei allen Völkern hinterlassen, die es erleiden mußten; vor allem in der ehemaligen Sowjetunion, die den Zauberlehrlingen 74 Jahre lang als Laboratorium diente.

"Die Wirklichkeit dringt nicht in die Welt des Glaubens", schrieb Marcel Proust. Lenin und Stalin waren überzeugt, daß Lehren stärker seien als die Wirklichkeit, und lange nach ihnen gibt es im Westen noch viele, die so denken.

"Tatsachen sind hartnäckig", sagte Lenin gern. Am Ende des 20. Jahrhunderts haben Tatsachen den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie bewirkt, einer Ideologie, die Stalin in eine unvergleichliche Macht umgesetzt hatte.

"Daß Stalin alles recht mache, besagt: daß Stalin alles Recht macht."

André Gide (1869-1951), französischer Schriftsteller, 1936

"Ich kann den alten Joe Stalin ganz gut leiden. Er ist ein braver Kerl, aber ein Gefangener des Politbüros."

US-Präsident Harry S. Truman, 1948 ...<<